Sächsische Schweiz
BAD SCHANDAU

Bad Schandau · Krippen · Ostrau · Porschdorf · Postelwitz · Prossen · Schmilka · Waltersdorf

Stadtverwaltung Bad Schandau ● Dresdner Straße 3 ● 01814 Bad Schandau

Hauptamt

Unser Zeichen

Ihr Ansprechpartner Frau Schuhmann
Telefon 035022 501125
Telefax 035022 501140
E-Mail aschuhmann
@stadt-badschandau.de

Datum 05.11.2025

Einladung zur Stadtratssitzung am 12.11.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nächste Stadtratssitzung findet

am Mittwoch, dem 12.11.2025, 19:00 Uhr
im Ratssaal des Rathauses, Dresdner Str. 3,

statt. Ich bitte um Ihre Teilnahme. Sollte Ihnen die Teilnahme an der Sitzung nicht möglich sein, teilen Sie dies bitte einschließlich des Hinderungsgrundes im Sekretariat mit und informieren Sie gegebenenfalls Ihren Verhinderungsvertreter.

Dr. Böhm

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. **Begrüßung**

2. **Informationsbericht des Bürgermeisters**

3. **Protokollkontrolle**

4. **Bürgeranfragen**

5. **2. Änderung Feuerwehrgebührensatzung**
   (Vorlage Nr. 2025/BSch/0002)

6. **Kauf eines Nutzfahrzeuges für den kommunalen Bauhof**
   (Vorlage Nr. 2025/BSch/0052)

7. **Beschluss über mögliche Einwendungen zum Entwurf des Nachtragshaushaltes der Stadt Bad Schandau für das Jahr 2026**
   (Vorlage Nr. 2025/BSch/0053)

8. **Beschluss der Nachtragssatzung und des Nachtragsplanes der Stadt Bad Schandau für das Haushaltsjahr 2026**
   (Vorlage Nr. 2025/BSch/0051/2)

9. **Feststellung des Jahresabschlusses 2024 der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH**
   (Vorlage Nr. 2025/BSch/0055)

10. **Beschluss zur Entlastung der Geschäftsführerin der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH für das Wirtschaftsjahr 2024**
    (Vorlage Nr. 2025/BSch/0056)

11. **Beschluss zur Entlastung des Aufsichtsrates der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH für das Wirtschaftsjahr 2024**
    (Vorlage Nr. 2025/BSch/0057)

12. **Allgemeines / Informationen**

D. Böhm

Die erforderlichen Unterlagen zur Sitzung sind im Rats- und Bürgerinformationssystem der Stadt Bad Schandau eingestellt. Nach der Anmeldung im Rats- und Bürgerinformationssystem, mittels Ihrer persönlichen Zugangsdaten, können Sie in die Unterlagen Einsicht nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

T. Kunack
Bürgermeister

Kurzprotokoll der Sitzung des Stadtrates Bad Schandau am 15.10.2025

TOP 1
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Stadtratsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Zur Tagesordnung fragt Herr Ch. Friebel an, über welche Vorlage wir im TOP 4 sprechen. Dazu geht er darauf ein, dass im Schriftverkehr mit dem Stadtrat über eine Änderung des Wegebenutzungsvertrages gesprochen wurde. Frau Wötzel erklärt, dass diese Änderung für das Protokoll zu Beginn erwähnt wird, so dass dann im weiteren Gespräch von der neuen Vertragsvorlage ausgegangen werden kann.

Zur Tagesordnung gibt es keine Einwände.

TOP 2
Informationsbericht des Bürgermeisters
Der Bürgermeister informiert, dass er am vergangenen Wochenende eingeladen war, zur Florianmesse in Dresden einen Vortrag zur Hochwasserplanung von Bad Schandau zu halten. Er hat zu dem Thema Hochwasseralarm- und Einsatzplan referiert. Im Anschluss daran hatte er noch die Gelegenheit für verschiedene Begegnungen, insbesondere hat er mit Lieferanten und Partnern gesprochen, die für unsere Feuerwehr seit längerem tätig sind. Zur Messe begleitet haben ihn der Stadtwehrleiter, Herr Bigge, und Frau Wötzel.

Der Bürgermeister informiert, dass die Beschilderung an der Fähre, Höhe LIDL, vorgenommen wurde. Dabei wurde auf – Achtung Fußgänger – und – Radfahrer absteigen – hingewiesen.

Die Information zum Bau der Behelfsbrücke sollte planmäßig in dieser Stadtratssitzung erfolgen. Leider wurde der Termin seitens des LASuV abgesagt. Dieses Thema soll jetzt am 27.10.2025 im Technischen Ausschuss besprochen werden.

TOP 3
Protokollkontrolle
Herr Dr. Böhm und Frau Seiffert erklären sich bereit, dass Protokoll der heutigen Sitzung zu unterzeichnen.

Kurzprotokoll vom 17.09.2025
Frau Schulze bittet um eine Korrektur im TOP Bürgeranfragen bezüglich der Bepflanzung in Postelwitz. Sie hat dieses Thema lediglich angemerkt. Die Formulierung heißt jetzt: „Frau Schulze merkt an, dass die Bepflanzung viel zu hoch wachsen darf."

Im Übrigen gibt es keine weiteren Anmerkungen zum Protokoll. Dieses ist mit der Korrektur bestätigt.

Dr. Böhm

TOP 4
Bestätigung des Wegebenutzungsvertrages Holzlagerplatzweg
Der Bürgermeister erklärt, dass bereits im nichtöffentlichen Teil der vergangenen Sitzung intensiv über das Thema beraten wurde. Es gab zwischenzeitlichen noch Zusammenkünfte des Ortschaftsrates Schmilka und auch von Stadträten, die sich mit dem betreffenden Stadtteil auseinandergesetzt haben.

Dazu gab es eine Änderung. Der Bürgermeister bittet Frau Wötzel nochmals um Erläuterungen. Frau Wötzel erklärt, dass es im engen Kontakt mit dem Ortsvorsteher von Schmilka eine Erarbeitung der Anlage zum Vertrag gab und auch weitere Abstimmungen zum Vertragsinhalt erfolgt sind. Auf Anregung aus Schmilka wurde in den Vertragsentwurf der Passus der „gewerblichen Transporte" aufgenommen. Dazu wurden die Stadträte informiert.

Im Weiteren soll nun über den Beschlussvorschlag beraten werden, unter dem Aspekt, dass in § 1, Nr. 1 a der Punkt – gewerblich – ergänzt worden ist.

Da es insbesondere den Stadtteil Schmilka betrifft, bittet der Bürgermeister den Ortsvorsteher von Schmilka, Herrn Kerger, um seine Ausführungen. Herr Kerger spricht sich dafür aus, dass ein solcher Vertrag mit Sachsenforst geschlossen wird. Im Übrigen sieht auch er die angepasste Konkretisierung für sinnvoll und wichtig an. Für den Fall, dass für private Maßnahmen Anträge bei Sachsenforst abgelehnt werden, bittet er darum, dass dann die Stadtverwaltung möglicherweise als Unterstützer für die betreffenden Einwohner mit herangezogen werden kann. Außerdem bittet er, dass es eine Pufferzeit zwischen Vertragsunterzeichnung und tatsächlicher Umsetzung des Vertrages gibt. Derzeit wird eine unmittelbare Abstimmung mit den Rangern in Schmilka vorgenommen, wenn Transporte geplant sind. Sachsenforst wird gebeten, noch einige Zeit zur Kommunikation der neuen Regelung zu geben, bevor Restrektionen verhängt werden.

Herr Ehrlich, Ortschaftsrat von Schmilka, stimmt ebenfalls dem Abschluss des Vertrages zu.

Herr Ch. Friebel schlägt vor, um einen unmissverständlichen Text für den benannten § 1, Nr. 1 a zu finden, dass man den Text aus dem Vorschlag zur dinglichen Sicherung übernimmt und anstelle des jetzt im Vertragsentwurf vorhandenen Textes ergänzt. Dieser Text ist nach seiner Auffassung eindeutig und so gestaltet, dass er die besprochenen Belange abdeckt. Zu diesem Vorschlag stellt er einen Änderungsantrag als Antrag zur Geschäftsordnung.

Der Bürgermeister bittet um Abstimmung zu diesem Antrag. Er gibt Herrn Dr. Böhm die Gelegenheit, ebenfalls zu diesem Antrag zu sprechen. Herr Dr. Böhm stimmt dem zu und sieht auch darin eine eindeutigere Erklärung.
Der Bürgermeister bittet um Abstimmung zum Antrag zur Geschäftsordnung.
AE: 11 ja-Stimmen, einstimmig

Herr Ehrlich fragt nochmals an, warum der Wurzelweg in den Vertrag mit aufgenommen wurde. Frau Wötzel erklärt, dass der Wurzelweg hier als Anschlussweg bis zum Grenzweg mit in den Vertrag einbezogen wurde und die Stadt Bad Schandau diesbezüglich keine Einwände hatte.

Anschließend bittet der Bürgermeister um Abstimmung zum Beschlussvorschlag einschließlich der soeben beschlossenen Änderung.

AE: 11 Ja-Stimmen, einstimmig

Dr. Böhm

TOP 5
Aufhebung des Beschlusses 2022/HA/BS/02611 – Eintragung von öffentlichen Wegen in das Straßenbestandsverzeichnis der Stadt Bad Schandau
Der Bürgermeister übergibt das Wort an Frau Wötzel. Frau Wötzel erläutert, dass, wie auch schon in der letzten Sitzung besprochen, die Wege, die in 2022 in das Bestandsverzeichnis der Stadt Bad Schandau aufgenommen wurden, zwischenzeitlich Bestandteil der Rettungswegepläne von Sachsenforst sind und damit ein entsprechender Ausbauzustand gewährleistet ist. Da auch die Feuerwehr der Stadt Bad Schandau bei den Brandverhütungsschauen im Nationalpark, die ebenfalls Pflicht geworden sind, ein Mitspracherecht zu Rettungswegen hat, gibt es auch hier einen Einfluss der Stadt Bad Schandau. Aus diesem Grund ist es nicht mehr notwendig und auch nicht mehr sinnvoll, dass die Stadt Bad Schandau Baulastträger dieser Wege ist. Sachsenforst bekommt jährlich Mittel zur Sanierung von Rettungswegen zur Verfügung gestellt, so dass sichergestellt ist, dass diese auch dauerhaft als Rettungswege nutzbar sind.

Herr S. Friebel äußert dennoch seine Sorge. Er hat kein Vertrauen darin, dass die Wege dauerhaft zur Verfügung stehen.

Der Bürgermeister bittet um Abstimmung zum Beschlussvorschlag.
AE: 11 Ja-Stimmen, einstimmig

TOP 6
Annahme einer Sachspende
Der Bürgermeister erläutert den Beschlussvorschlag anhand der Vorlage. Da keine Diskussion erfolgt, bittet er um Abstimmung.
AE: 11 Ja-Stimmen, einstimmig

Dr.Böhm

TOP 7
Allgemeines / Informationen
Nachtragshaushalt
Frau Richter erläutert, dass sie auf der Grundlage der Beschlussfassung im Stadtrat zu den Maßnahmen im Haus des Gastes einen Nachtragshaushalt erarbeitet hat. Dieser Nachtragshaushalt beinhaltet sowohl die Maßnahmen im Haus des Gastes als auch die notwendige Sanierung des Personenaufzuges. Beide Maßnahmen sind im Nachtragshaushalt verankert. Der in Summe notwendige Eigenanteil von 800.000,00 T€ wurde als Kreditaufnahme eingeplant. Die Auslegung des Haushaltplanentwurfs findet ab Mittwoch 22.10.2025 statt. Sie bittet, im November die Nachtragssatzung beschließen zu können. Dazu wird der HSA entsprechend vorberaten.

Bewuchs im Krippenbach
Herr Dr. Böhm informiert, dass er sich die Thematik – Bewuchs im Krippenbach – angesehen und festgestellt hat, dass tatsächlich entsprechend rosarotes Springkraut und auch der Sachalin Knöterich vorhanden sind. Insbesondere der Sachalin Knöterich stellt eine echte Gefährdung dar und er regt alle Anwohner an, sich an seiner Beseitigung zu beteiligen.

Dank an Bauhof
Der Bürgermeister übermittelt einen Dank von dem Ortsvorsteher von Waltersdorf, Herrn Hickmann, an den städtischen Bauhof für die Herrichtung der Fläche gegenüber der Bushaltestelle Erbgericht in Waltersdorf.

TOP 8
Bürgeranfragen
Herr Bredner fragt an, ob es schon konkrete Termine für die Teichsanierung in Ostrau gibt. Er benötigt die Termine dringend, um seine Arbeiten beim Ortsputz entsprechend koordinieren zu können.

Außerdem bittet er dringend, das Thema – Dehnungsfugen – am Ostrauer Ring nochmals kurzfristig zu betrachten. Nach seinen Informationen ist die Firma Eurovia in den nächsten Tagen in Ostrau tätig, weil dann noch an der Dorfstraße Asphaltierungsarbeiten vorgesehen sind. Wenn die Firma Eurovia in diesem Zug gleich die Dehnungsfugen am Ostrauer Ring mit kontrollieren und ggf. ersetzen könnte, wäre das sicher recht kostengünstig. Herr Hergesell nimmt diese Anfrage auf.

Außerdem bittet Herr Bredner noch um eine Aussage, ob andere Vereine als die städtischen Vereine, Miete für das Festzelt zahlen müssen.

Zum Thema – Suche nach einer Halle für den Jagdpächter - bittet Herr Bredner nochmals den Bürgermeister, sich diesbezüglich mit dem TWZV in Verbindung zu setzen, da das Gebäude des TWZV optimal für diese Maßnahme geeignet wäre.

Herr Ch. Friebel fragt an, ob der Stadt Bad Schandau bekannt ist, warum der Geh- und Radweg im Bereich Postelwitz für die Treppensanierung bereits abgesperrt ist, aber keinerlei Maßnahmen erfolgen. Die Verwaltung wird dies nachfragen und die Information entsprechend weitergeben.

Herr Lindemann fragt an, ob für Bad Schandau noch die Thematik des Schlauchsystems für den Hochwasserschutz im Bereich ehemals Memory steht. Der Bürgermeister erläutert, dass das Gerät zwar grundsätzlich hilfreich wäre, aber die Abwägung zwischen Kosten und dem was die zeitlich kurze Anwendung dieses Systems bringen würde, nicht im Verhältnis stehen.

Herr Kerger informiert, dass die Beleuchtung am Fußgängerüberweg in Schmilka defekt ist. Außerdem bittet er ausdrücklich, dass beim Winterdienst auf dem Mühlberg darauf geachtet wird, dass im Bereich der Mühle nicht mit Salz gestreut wird, weil dies die Sandsteinmauern massiv angreift. Dies gilt auch für weitere Bereiche am Mühlberg, an die Sandsteinmauern angrenzen.

Herr Tappert fragt an, ob für die Sanierung am Personenaufzug Fördermittel verwendet werden können. Dies wird bestätigt. Außerdem fragt er an, ob bekannt ist, dass ein Parkautomat in Ostrau zerstört wurde. Der Bürgermeister bestätigt dies.

Herr Fähnrich bittet zu prüfen, ob die Straßenbeleuchtung in Neuporschdorf wieder ergänzt wird. Ein Leuchtmast wurde ergänzt, das Leuchtmittel jedoch fehlt noch. Einige andere Leuchtmittel sind defekt.

Herr Sauer fragt an, ob es die Möglichkeit gibt, mit der Firma LIDL zu verhandeln, dass der Parkplatz von LIDL, der jetzt mit Videoüberwachung kontrolliert wird, auch für andere Parkvorgänge zur Verfügung gestellt werden könnte, insbesondere dann, wenn durch die Behelfsbrücke weiterer Parkraum für die Stadt verloren geht. Der Bürgermeister wird dies prüfen lassen.

Herr Ehrlich fragt an, ob im Zusammenhang mit den Rettungswegen eine Regelung übermittelt werden kann, wie im Falle von Baumstürzen auf Rettungswegen zu verfahren ist. Herr Kerger ergänzt, dass dieses Thema bereits lösbar ist, indem über die Rettungsleitstelle mittels 112 der Tatbestand angekündigt wird und die Rettungsleitstelle dann die entsprechenden Schritte einleitet.

Dr. Böhm

Zunächst wird Sachsenforst darüber informiert, wenn dies keinen Erfolg hat, würde dann die Feuerwehr zum Einsatz kommen.

Herr S. Friebel fragt nach den Themen – Mauer Kirschleite 8 und Bäume entlang der B 172 -. Außerdem fragt er an, warum keine Presse mehr zur Stadtratssitzung kommt. Der Bürgermeister erklärt, dass nach seiner Kenntnis die Lokalredaktionen deutlich eingekürzt wurden und somit kaum noch Kapazitäten dafür zur Verfügung stehen.

Herr Bredner merkt an, dass er vor kurzem den Kohlichtweg gegangen ist und dieser dort durch zahlreiche Baumstürze eingeschränkt ist. Er fragt an, ob dieser wieder freigeschnitten werden soll. Diesbezüglich wird bei Sachsenforst angefragt.

Da keine weiteren Anfragen und Informationen erfolgen, beendet der Bürgermeister 20.20 Uhr die Stadtratssitzung und bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Teilnahme.

T. Kunack
Bürgermeister

A. Wötzel
Protokollantin

Dr.Böhm

Sächsische Schweiz
BAD SCHANDAU

Bad Schandau · Krippen · Ostrau · Porschdorf · Postelwitz · Prossen · Schmilka · Waltersdorf

Vorlage	Vorlagennummer	Status	
	2025/BSch/0002	öffentlich	
Zuständigkeit	Bearbeiter		
Hauptamt	Petters, Annett		

Beratungsgremium	Termin	TOP-Status
Haupt- und Sozialausschuss Bad Schandau	28.10.2025	nichtöffentlich vorberatend
Stadtrat Bad Schandau	12.11.2025	öffentlich beschließend

Beratungsfolge	Termin	Status	Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Tech. Ausschuss						
Haupt-/Soz.-Aussch.						
Stadtrat						

Betreff:
2. Änderung Feuerwehrgebührensatzung

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat der Stadt Bad Schandau beschließt auf Grund des § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 27. Juni 2025 (SächsGVBl. S. 285) geändert worden ist
und der §§ 1 und 2 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876) geändert worden ist sowie des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 2024 (SächsGVBl. S. 289) und des § 17 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Feuerwehren und die Brandverhütungsschau im Freistaat Sachsen (Sächsische Feuerwehrverordnung - SächsFwVO) vom 21.Oktober 2005, rechtsbereinigt mit Stand vom 19. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 532), folgende Satzungsänderung:

Dr. Böhm

Artikel 1 Änderungen

§ 5 – Kostenberechnung lautet geändert:

Die Höhe des Kostenersatzes wird nach dem jeweils gültigen Kostenverzeichnis für Leistungen der Feuerwehr berechnet. Die Kostensätze der Fahrzeuge beinhalten die Kosten für alle auf den Fahrzeugen verlasteten Geräte und sind gemäß § 20, Abs. 2 und Anlage 5 zur SächsFwVO festgeschrieben. Das Kostenverzeichnis ist als Anlage Bestandteil dieser Satzung.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Satzung zur 2. Änderung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bad Schandau, 12.11.2025

Thomas Kunack
Bürgermeister

Dr.Böhm

Kostenverzeichnis

Anlage zur Feuerwehrkostensatzung
Kostenverzeichnis für Leistungen der Feuerwehren der Stadt Bad Schandau

1. Stundensatz für Leistungen des Personals der Feuerwehr

Stundensatz für Leistungen des ehrenamtlichen Personals	11,00 EUR/h

2. Stundensatz für den Einsatz von Fahrzeugen einschließlich Geräte der Bad Schandauer Feuerwehren

Die Kostensätze für genormte Feuerwehrfahrzeuge ergeben sich aus der Anlage 5 zu § 20 Abs. 1 und 2 der SächsFwVO in ihrer jeweils geltenden Fassung. Diese Sätze gelten auch für Feuerwehrfahrzeuge, die mit den dort Genannten in ihrem taktischen Einsatzwert, ihrer zulässigen Gesamtmasse und ihrer technischen Beladung vergleichbar sind.

Für die nicht gemäß § 20 Abs. 1 SächsFwVO genormten Feuerwehrfahrzeuge gelten folgende Kostensätze:

Feuerwehr-Anhänger	3,35 EUR/h
Rettungsboot 1 (RTB1)	6,70 EUR/h
Rettungsboot 2 (RTB2)	5,57 EUR/h

3. Kosten für Verbrauchsmaterial

Die Kosten für Verbrauchsmaterial, wie zum Beispiel

-Ölbindemittel, -Chemikalienbindemittel, -Absperrmittel, -Rüstmaterial, -Abdichtmaterial, -Türschlösser, -Einsatzkleidung/Schutzausrüstung und deren Entsorgung richtet sich nach den jeweils gültigen Angeboten und Preisen der Anbieter und Vertragspartner zuzüglich 10% als Verwaltungspauschale

Dr. Böhm

4. Stundensatz für Leistungen im vorbeugenden Brandschutz

Stundensatz für Leistungen des hauptamtlichen Personals des Landkreises laut Abrechnung zuzüglich 10% als Verwaltungspauschale der Stadt Bad Schandau

5. Sondervereinbarungen

Sondervereinbarungen zwischen der Feuerwehr und dem Auftraggeber können bei längerer Inanspruchnahme von Geräten bzw. für nicht aufgeführte Geräte und Leistungen getroffen werden.

6. Hinweis

Sofern für eine kostenpflichtige Hilfeleistung Wehren anderer Gemeinden in Anspruch genommen werden müssen, werden die von diesen Wehren angesetzten Kosten in den Gebührenbescheid aufgenommen als Leistung Dritter.

Bad Schandau, 12.11.2025

Hinweis nach § 4 SächsGemO:
Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
    a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
    b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Bad Schandau, 12.11.2025

Thomas Kunack
Bürgermeister

Dr Böhm

Beschlussbegründung:
Mit Datum vom 04.03.2024 wurden das Sächsische Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) und mit Datum vom 19. Juni 2024 die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Feuerwehren und die Brandverhütungsschau im Freistaat Sachsen (Sächsische Feuerwehrverordnung - SächsFwVO) geändert.
Damit sind die Kostenberechnungen für Fahrzeuge in der Feuerwehrgebührensatzung vom 20.01.2021 unwirksam. Mit der Satzungsänderung wird die Satzung den geltenden Regelungen angepasst. Die Kosten der Fahrzeuge sind somit einheitlich gesetzlich festgeschrieben, lediglich die Personalkosten wurden noch nach eigener Kalkulation angewandt und im Zuge der Satzungsänderung neu kalkuliert. Die Stundensätze für ehrenamtlich tätige Einsatzkräfte setzen sich zusammen aus den für Zeiten des Einsatzes erstatteten und ersetzten Beträgen nach § 62 sowie sonstigen für die ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen der Einsatzabteilungen entstehenden jährlichen Kosten, die auf der Grundlage von 50 Stunden je Feuerwehrangehörigem berechnet werden.

Ermittlung Stundensätze für Feuerwehrfahrzeuge/Anhänger und Boote, welche nicht unter den Anwendungsbereich der Anlage 5 FwVO oder RLFw fallen	
Fahrzeugtyp	Rettungsboot 2
Fahrzeugbezeichnung	RTB2
Brutto-Anschaffungskosten (inkl. Ausstattung, Umbau, etc.)	25.820,54 €
Abzug Fördermittel	22.341,62 €
ansetzbare Anschaffungskosten	3.478,62 €
jährliche Abschreibung (10% der ansetzbaren Anschaffungskosten)	347,86 €
Abzug des öffentlichen Interesses (20%)	69,57 €
Anrechenbare Jahreskosten	278,29 €
Kosten pro Einsatzstunde (50h/Jahr)	**5,57 €**

Ermittlung Stundensätze für Feuerwehrfahrzeuge/Anhänger und Boote, welche nicht unter den Anwendungsbereich der Anlage 5 FwVO oder RLFw fallen	
Fahrzeugtyp	Rettungsboot 1 mit Trailer
Fahrzeugbezeichnung	
Brutto-Anschaffungskosten (inkl. Ausstattung, Umbau, etc.)	4.187,00 €
Abzug Fördermittel	- €
ansetzbare Anschaffungskosten	4.187,00 €
jährliche Abschreibung (10% der ansetzbaren Anschaffungskosten)	418,70 €
Abzug des öffentlichen Interesses (20%)	83,74 €
Anrechenbare Jahreskosten	334,96 €
Kosten pro Einsatzstunde (50h/Jahr)	**6,70 €**

Dr.Böhm

Ermittlung Stundensätze für Feuerwehrfahrzeuge/Anhänger und Boote, welche nicht unter den Anwendungsbereich der Anlage 5 FwVO oder RLFw fallen	
Fahrzeugtyp	
Fahrzeugbezeichnung	Feuerwehr-Anhänger
Brutto-Anschaffungskosten (inkl. Ausstattung, Umbau, etc.)	2.095,00 €
Abzug Fördermittel	- €
ansetzbare Anschaffungskosten	2.095,00 €
jährliche Abschreibung (10% der ansetzbaren Anschaffungskosten)	209,50 €
Abzug des öffentlichen Interesses (20%)	41,90 €
Anrechenbare Jahreskosten	167,60 €
Kosten pro Einsatzstunde (50h/Jahr)	**3,35 €**

Dr.Böhm

Kostenartenplan FW Bad Schandau 12.60.01.01

Kostenkategorie Personalkosten	Kostenart	Kostenschlüssel	2022	2023	2024	Mittelwert * Kostenschlüssel	Kosten-steigerung	2025	2026	2027	2028	Kalkulations-ansatz Mittelwert
	Personalkosten 1. Sachbearbeiter Feuerwehr	80,00%	- €	- €	- €	- €	5,00%	- €	- €	- €	- €	- €
	Personalkosten 2. Sachbearbeiter Feuerwehr	100,00%	- €	- €	- €	- €	5,00%	- €	- €	- €	- €	- €
	Personalkosten 3. Sachbearbeiter Feuerwehr - Finanzen	3,14%	- €	- €	- €	- €	50,00%	- €	- €	- €	- €	- €
	Personalkosten Sachbearbeiter gesamt											**- €**
	Aufwandsentschädigung Funktionsträger	100,00%	6.612,00 €	6.012,00 €	10.892,00 €	7.838,67 €	40,00%	10.974,13 €	10.974,13 €	10.974,13 €	10.974,13 €	10.974,13 €
	Einsatzpauschale	100,00%	16.913,00 €	11.129,00 €	14.215,00 €	14.085,67 €		14.085,67 €	14.085,67 €	14.085,67 €	14.085,67 €	14.085,67 €
	Erstattung Verdienstausfall Arbeitgeber	100,00%	2.112,85 €	1.989,53 €	1.702,53 €	1.934,97 €	2,50%	1.983,34 €	2.032,93 €	2.083,75 €	2.135,84 €	2.084,17 €
	Entschädigung/ Verdienstausfall Stadtwehrleiter	40,00%	2.474,00 €	2.352,00 €	1.972,00 €	906,40 €	2,50%	929,06 €	952,29 €	976,09 €	1.000,50 €	976,29 €
	Ehrungen und Jubiläen	100,00%	100,00 €	300,00 €	485,90 €	295,30 €	2,50%	302,68 €	310,25 €	318,01 €	325,96 €	318,07 €
	allg. Unfalldeckungsschutz	100,00%	- €	- €	- €	- €	0,00%	- €	- €	- €	- €	- €
	Dienst- und Schutzkleidung	100,00%	13.984,30 €	4.409,80 €	20.761,64 €	13.051,91 €	2,00%	13.312,95 €	13.579,21 €	13.850,79 €	14.127,81 €	13.852,61 €
	Aus- und Fortbildung	100,00%	6.154,45 €	10.653,60 €	9.064,10 €	8.624,05 €	3,00%	8.882,77 €	9.149,25 €	9.423,73 €	9.706,44 €	9.426,48 €
	Vorsorge- und Tauglichkeitsuntersuchungen	100,00%	1.200,58 €	2.170,00 €	4.634,00 €	2.668,19 €	3,00%	2.748,24 €	2.830,69 €	2.915,61 €	3.003,08 €	2.916,46 €
	Einsatzverpflegung	100,00%	75,10 €	109,50 €	366,69 €	183,76 €	3,00%	189,28 €	194,95 €	200,80 €	206,83 €	200,86 €
	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine und dergleichen	100,00%	858,00 €	845,00 €	845,00 €	849,33 €	2,00%	994,50 €	1.014,39 €	1.034,68 €	1.055,37 €	1.034,81 €
	Kosten Kameraden gesamt		50.484,28 €	39.970,43 €	64.938,86 €	50.438,26 €	0,61 €	54.402,63 €	55.123,76 €	55.863,27 €	56.621,63 €	55.869,55 €

Anzahl Kameraden	Kalkulation auf 50 Einsatzstunden je Kamerad
101	11,06 € je Einsatzstunde

Dr.Böhme

Sächsische Schweiz
BAD SCHANDAU

Bad Schandau · Krippen · Ostrau · Porschdorf · Postelwitz · Prossen · Schmilka · Waltersdorf

Vorlage	Vorlagennummer	Status	
	2025/BSch/0052	öffentlich	
Zuständigkeit	Bearbeiter		
Hauptamt	Wötzel, Andrea		

Beratungsgremium	Termin	TOP-Status
Stadtrat Bad Schandau	12.11.2025	öffentlich beschließend

Beratungsfolge	Termin	Status	Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Tech. Ausschuss						
Haupt-/Soz.-Aussch.						
Stadtrat						

Betreff:
Kauf eines Nutzfahrzeuges für den kommunalen Bauhof

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Kauf eines Nutzfahrzeuges (Multicar M31C) zum Angebotspreis von 138.831,49€ brutto von der Firma Hako GmbH Niederlassung Dresden.

Finanziert wird dies durch im Haushalt 2025/2026 eingeplanten Mitteln.

Beschlussbegründung:

Es hat eine öffentliche Ausschreibung zum Kauf eines Nutzfahrzeuges stattgefunden. 3 Angebote sind eingegangen. Bei der Angebotswertung wurden sowohl die Folgekosten als auch der Umstand Neufahrzuge/Jahreswagen berücksichtigt.
Das Angebot der Firma Hako war das wirtschaftlichste Angebot. Es handelt sich hier um ein Neufahrzeug.

Dr.Böhm

TOP 6

Angebotsvergleiche
Geräteträger Bauhof

Bei Neuwagen / 10 % Bei Hydrostat / 20 %

Angebot Nr.	Angebotssumme brutto	Summe Wartung 7 Jahre	Gesamt Brutto	Neuwagen Ja/nein	Hydrostat Ja/Nein	Reduktion des Wertungspreises bei bei Neuwagen	Reduktion des Wertungspreises bei Hydrostat	Wertungspreis
1	138.831,49 €	4.448,22 €	143.279,71 €	ja	nein	13.883,15 €		129.396,56 €
2	129.710,00 €	10.955,60 €	140.665,60 €	nein	nein			140.665,60 €
3	193.113,20 €	12.211,64 €	205.324,84 €	ja	ja	19.311,32 €	38.622,64 €	147.390,88 €

Dr.Böhm

Sächsische Schweiz
BAD SCHANDAU

Bad Schandau · Krippen · Ostrau · Porschdorf · Postelwitz · Prossen · Schmilka · Waltersdorf

Vorlage	Vorlagennummer	Status	
	2025/BSch/0053	öffentlich	
Zuständigkeit	Bearbeiter		
Kämmerei	Richter, Gudrun		

Beratungsgremium	Termin	TOP-Status
Stadtrat Bad Schandau	12.11.2025	öffentlich beschließend

Beratungsfolge	Termin	Status	Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Tech. Ausschuss						
Haupt-/Soz.-Aussch.						
Stadtrat						

Betreff:
Beschluss über mögliche Einwendungen zum Entwurf des Nachtragshaushaltes der Stadt Bad Schandau für das Jahr 2026

Beschlussvorschlag:

Wird im Bedarfsfall nachgereicht.

Beschlussbegründung:

Vom 22.10.2025 bis einschließlich 11.11.2025 haben Einwohner und Abgabepflichtige die Möglichkeit, Einwendungen gegen den Entwurf des Nachtragshaushaltes 2026 zu erheben.
Bis zum 04.11.2025 liegen keine Einwendungen vor, im Bedarfsfall wird hierzu eine Tischvorlage nachgereicht.
Sofern keine Einwendungen eingehen, kann der Tagesordnungspunkt zur Sitzung entfallen.

Dr.Böhm

Sächsische Schweiz
BAD SCHANDAU

Bad Schandau · Krippen · Ostrau · Porschdorf · Postelwitz · Prossen · Schmilka · Waltersdorf

Vorlage	Vorlagennummer	Status	
	2025/BSch/0051/2	öffentlich	
Zuständigkeit	Bearbeiter		
Kämmerei	Richter, Gudrun		

Beratungsgremium	Termin	TOP-Status
Stadtrat Bad Schandau	12.11.2025	öffentlich beschließend

Betreff:
Beschluss der Nachtragssatzung und des Nachtragsplanes der Stadt Bad Schandau für das Haushaltsjahr 2026

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Nachtragssatzung (Seite 1 und 2) und den Nachtragsplan für das Haushaltsjahr 2026.

Beschlussbegründung:

Der vorliegende Nachtragsentwurf für das Jahr 2026 wurde wegen notwendiger umfangreicher Instandhaltungsmaßnahmen am historischen Personenaufzug sowie einer Änderung des Investitionsplanes 2026 erforderlich.
Außerdem ist zur Finanzierung des Investitionsplanes für 2026 eine Kreditaufnahme notwendig.
Der Entwurf des Nachtragshaushaltes wurde in der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Sozialausschusses am 28.10.2025 vorgestellt.

Vom 22.10.2025 bis 30.10.2025 erfolgte die öffentliche Auslegung des Nachtragsentwurfes in der Stadtverwaltung Bad Schandau. Einwohner und Abgabepflichtige haben vom 22.10.2025 bis 11.11.2025 die Möglichkeit, Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben.

Folgende Ansätze des Haushaltsjahres 2026 sind fortzuschreiben:

Sachverhalt	**Sachkonto**	**Erträge**	**Aufwendungen**	
Kommunale Wärmeplanung:	314100	+ 130.000 €		Fördermittel
	427111		+ 130.000 €	Planungsleistungen
Sanierung Personenaufzug	314102	+ 849.851 €		Fördermittel
	314800	+ 242.816 €		Fördermittel
	42210819		+ 1.214.073 €	Unterhaltungsaufwand
Unterh. Bahnhofsgebäude	421100		+ 50.000 €	Zusätzl. Reparaturen
Zinsaufwand für Kreditaufn.	451700		+ 12.000 €	Zinsaufwand
Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltung		**+ 1.222.667 €**	**+ 1.406.073 €**	**- 183.406 €**

Teilsanierung Haus des Gastes	681190	+ 1.952.580 €		Investitionszuschuss
	785110		+ 2.789.400 €	Investitionsauszahlg.
Sanierung Bahnhofsgebäude	681190	- 425.000 €		Investitionszuschuss
	785110		- 500.000 €	Investitionsauszahlg.
Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit		**+ 1.527.580 €**	**+2.289.400 €**	**- 761.820 €**
Einzahlg. Kreditaufnahmen	692735	+ 800.000 €		Kreditaufnahme neu
Auszahlg. Kredittilgungen	792735		+ 20.000 €	Zus. Tilgung
Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit		**+ 800.000 €**	**+ 20.000 €**	**+ 780.000 €**

Auch die Ansätze im Finanzplanungszeitraum 2027 – 2029 wurden für die betroffenen Buchungsstellen fortgeschrieben, mögliche Verkaufserlöse in den Jahren 2027 und 2029 wurden angepasst.
Alle sonstigen, für das Jahr 2026 vorhandenen Planansätze bleiben weiter verfügbar.
Der Nachtragshaushalt ist wegen der eingestellten Kreditaufnahme über 800.000 € genehmigungspflichtig.
Der Schuldenstand beträgt nach Kreditaufnahme zum 31.12.2026: 572 €/EW.

Zu weiteren inhaltlichen Erläuterungen wird auf den Vorbericht verwiesen, der Bestandteil des Nachtragsplanes ist.

Dr.Böhm

Aufgrund von § 77 der Sächsischen Gemeindeordnung, in der jeweils geltenden Fassung, hat der Gemeinderat in der Sitzung am ..... folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 werden die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen wie folgt festgesetzt:

	bisher festgesetzte (Gesamt-) Beträge von	Erhöhung um	Verminderung um	Damit werden die (Gesamt-) Beträge des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge festgesetzt auf
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ergebnishaushalt				
- ordentliche Erträge	10.362.062,00	1.222.667,00	0,00	11.584.729,00
- ordentliche Aufwendungen	11.282.470,00	1.406.073,00	0,00	12.688.543,00
- Saldo der ordentlichen Erträge und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis)	-920.408,00	0,00	183.406,00	-1.103.814,00
- außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
- außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
- Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (Sonderergebnis)	0,00	0,00	0,00	0,00
- Gesamtergebnis	-920.408,00	0,00	183.406,00	-1.103.814,00
- veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren	0,00	0,00	0,00	0,00
- veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren	0,00	0,00	0,00	0,00
- Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO	327.663,00	0,00	0,00	327.663,00
- Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO	0,00	0,00	0,00	0,00
- veranschlagtes Gesamtergebnis	-592.745,00	0,00	183.406,00	-776.151,00
Finanzhaushalt				
- Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.337.178,00	1.222.667,00	0,00	10.559.845,00
- Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.683.189,00	1.406.073,00	0,00	11.089.262,00
- Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf	-346.011,00	0,00	183.406,00	-529.417,00
- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	562.243,00	1.527.580,00	0,00	2.089.823,00
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	804.000,00	2.289.400,00	0,00	3.093.400,00
- Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-241.757,00	0,00	761.820,00	-1.003.577,00
- Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag	-587.768,00	0,00	945.226,00	-1.532.994,00
- Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	800.000,00	0,00	800.000,00
- Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	101.000,00	20.000,00	0,00	121.000,00
- Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-101.000,00	780.000,00	0,00	679.000,00
- Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr	-688.768,00	0,00	165.226,00	-853.994,00

Dr.Böhm

§2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

von bisher 0,00 EUR
auf 800.000,00 EUR

§3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen)

von bisher	0,00	EUR
auf	0,00	EUR

§4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungenin Anspruch genommen werden darf,

wird nicht verändert und bleibt festgesetzt auf

1.900.000,00 EUR

§5

Die Hebesätze für die Realsteuern werden nicht geändert. Sie bleiben festgesetzt:

für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf

360,00 v.H.

für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf

460,00 v.H.

Gewerbesteuer auf

450,00 v.H.

§6

Der Umlagesatz der Verwaltungsumlage wird nicht geändert. Er beträgt

für die Gemeinde Rathmannsdorf

162,18 EUR pro Einwohner

für die Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna

162,18 EUR pro Einwohner

Die Investitionsumlage wird auf der Basis der tatsächlich angefallenen Beträge nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen erhoben.

Dr.Böhm

Stadt Bad Schandau, den . . . . . .

.....

(Unterschrift Bürgermeister/Bürgermeisterin)

(Siegel)

TOP 8

Stadt Bad Schandau

Vorbericht zum Nachtragshaushalt 2026



Inhaltsverzeichnis

1. Erfordernis ... 3
2. Haushaltsplan ... 3
3. Nachtragshaushalt ... 3
3.1 Salden des Ergebnishaushaltes ... 3
3.2 Erläuterung zu Veränderungen im ordentlichen Ergebnis des Nachtragshaushaltes ... 5
3.2.1 zu Nr. 2 - Zuweisungen und Umlagen ... 5
3.2.2 zu Nr. 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ... 5
3.2.3 zu Nr. 15 - Zinsen und Sonstige Finanzaufwendungen: ... 6
3.3 Erläuterung Sonderergebnis ... 6
3.4 Salden des Finanzhaushaltes ... 6
3.5 Erläuterung zu Veränderungen im Finanzhaushalt ... 7
3.5.1 Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ... 7
3.5.2 Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit ... 7
3.6 Finanzierungstätigkeit / Kredite: ... 8
3.7 Durchschnittliche Tilgungs- und Nutzungsdauer ... 9
3.8 Entwicklung der liquiden Mittel ... 10
3.9 Entwicklung der verfügbaren Mittel ... 10
3.10 Kassenkreditermächtigung ... 10
4 Entwicklung Gesamtergebnis, Basiskapital, Rücklagen und der zur Verrechnung mit dem Basiskapital veranschlagten Fehlbeträge gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 ... 11
5 Stellenplan ... 12
6 Bürgschaften, Verpflichtungen aus Gewährverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften: ... 12
7 Formen der kommunalen Zusammenarbeit und daraus resultierende Finanzbeziehungen: ... 12
8 Schlussbetrachtung ... 13

Dr. Böhm

Schlüssel **Prod./Koststr.**	Hierarchiebezeichnungen Elementart Langtext	Kurztext	bebuchbar	Zuord.	Anteil (%)	letzte Änderung Nutzer	Datum
74.20.00.00	Produkt Corona - Sportförderung	Corona - Sportförderung	ja		100	d722500	08.10.2025
75.20.00.00	Produkt Corona - Bau- und Grundstücksordnung	Corona - Bau-u.Grundstückso.	ja		100	d722500	08.10.2025
75.40.00.00	Produkt Corona - Verkehrsanlagen, ÖPNV	Verkehrsflächen u. anlagen,	ja		100	d722500	08.10.2025
75.40.10.00	Produkt HW 2021 - Verkehrsanlagen, ÖPNV	HW 2021 - Verkehrsanlagen, ÖPN	ja		100	d722500	08.10.2025
75.46.00.00	Produkt Corona - Parkplätze	Corona - Parkplätze	ja		100	d722500	08.10.2025
75.50.00.00	Produkt Corona - Kurpark Bad Schandau	Corona - Kurpark Bad Schandau	ja		100	d722500	08.10.2025
75.50.10.00	Produkt HW 2021 - Parkanlagen	HW 2021 - Parkanlagen	ja		100	d722500	08.10.2025
75.51.00.00	Produkt Corona - Schlosspark Prossen	Corona - Schlosspark Prossen	ja		100	d722500	08.10.2025
75.55.00.00	Produkt Corona - Wasserläufe	Corona - Wasserläufe	ja		100	d722500	08.10.2025
75.55.10.00	Produkt HW 2021 - Wasserläufe	HW 2021 - Wasserläufe	ja		100	d722500	08.10.2025
75.70.00.00	Produkt Corona - Wirtschaft und Tourismus	Corona - Wirtschaft u. Tourism.	ja		100	d722500	08.10.2025
76.10.00.00	Produkt Corona - Allgemeine Finanzwirtschaft	Corona - Allgem.Finanzwirtsch.	ja		100	d722500	08.10.2025
76.10.10.00	Produkt HW 2021 - Allgemeine Finanzwirtschaft	HW 2021 - Allgem.Finanzwirtsch	ja		100	d722500	08.10.2025

Dr Böhm

Druckparameter: HH-Jahr: 2026 Produkthierarchie: T Teilhaushalte
Elementart: mit Produkten
(zuzüglich der Einschränkungen aus der Nutzerverwaltung für 'd7225007')

Sächsische Schweiz
BAD SCHANDAU

Bad Schandau · Krippen · Ostrau · Porschdorf · Postelwitz · Prossen · Schmilka · Waltersdorf

Vorlage	Vorlagennummer	Status	
	2025/BSch/0055	öffentlich	
Zuständigkeit	Bearbeiter		
Kämmerei	Richter, Gudrun		

Beratungsgremium	Termin	TOP-Status
Stadtrat Bad Schandau		öffentlich beschließend

Beratungsfolge	Termin	Status	Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Tech. Ausschuss						
Haupt-/Soz.-Aussch.						
Stadtrat						

Betreff:
Feststellung des Jahresabschlusses 2024 der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss 2024 der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH ist wie folgt festzustellen:

1.1.	**Bilanzsumme**	**339.294,67 €**
1.1.1.	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	49.551,00 €
	- das Umlaufvermögen	279.181,85 €
	- den Rechnungsabgrenzungsposten	10.561,82 €
1.1.2.	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	225.175,40 €
	- den Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	0,00 €
	- die Rückstellungen	40.252,50 €
	- Verbindlichkeiten	73.866,77 €
	- Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €
1.2.	**Jahresüberschuss**	**10.844,53 €**
1.2.1.	Summe der Erträge	1.672.089.55 €
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	1.661.460,12 €
1.2.3	Saldo aus Zinsen und Steuern	215,10 €

2. Behandlung des Jahresergebnisses
Der Jahresüberschuss in Höhe von 10.844,53 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Beschlussbegründung:
Der Jahresabschluss 2024 wurde von Dr. Heide & Noack PartGmbB Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft geprüft. Mit Datum vom 09.09.2025 wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss zum 31.12.2024 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH erteilt.

Der Aufsichtsrat der BSKT hat in seiner Sitzung am 29.10.2025 die Annahme des vorliegenden Jahresabschlusses 2024 der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH sowie den Vortrag des Jahresüberschusses auf neue Rechnung empfohlen.

Dr.Böhm

BERICHT

ÜBER DIE PRÜFUNG
DES JAHRESABSCHLUSSES
ZUM 31. DEZEMBER 2024
UND DES LAGEBERICHTES
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024
DER
BAD SCHANDAUER KUR- UND TOURISMUS GMBH,
BAD SCHANDAU

Dr.Böhm

- Maßgeblich ist das gebundene Exemplar -

DR. HEIDE & NOACK PARTGMBB

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT • STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Comeniusstraße 32 • 01307 Dresden
E-Mail: info@heide-noack.de
Telefon: 0351 44 00 380

INHALTSVERZEICHNIS

A. Prüfungsauftrag **1**

B. Grundsätzliche Feststellungen **2**

B.I Lage des Unternehmens 2

B.I.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung 2

B.I.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen 4

B.I.3 Beachtung von sonstigen gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Regelungen 5

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung **5**

C.I Gegenstand der Prüfung 5

C.II Art und Umfang der Prüfungsdurchführung 6

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung **8**

D.I Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 8

D.I.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 8

D.I.2 Jahresabschluss 9

D.I.3 Lagebericht 10

D.II Gesamtaussage des Jahresabschlusses 10

D.II.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 10

D.II.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderung 11

D.III Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage 12

D.III.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur 12

D.III.2 Finanzlage 15

D.III.3 Ertragslage 16

E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG **17**

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks **18**

G. Schlussbemerkung **22**

Dr. Böhm

ANLAGENVERZEICHNIS

Bilanz zum 31. Dezember 2024	Anlage 1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024	Anlage 2
Anhang für das Geschäftsjahr 2024	Anlage 3
Lagebericht zum Jahresabschluss 2024	Anlage 4
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	Anlage 5
Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	Anlage 6
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	Anlage 7

Dr.Böhm

A. Prüfungsauftrag

(1) Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung der

Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH,
Bad Schandau
(im Folgenden auch "BSKT" oder ”Gesellschaft“ genannt)

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 gewählt (§ 318 Abs. 1 Satz 1 HGB). Daraufhin beauftragte uns der Aufsichtsrat der Gesellschaft, den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 in entsprechender Anwendung der §§ 316 und 317 HGB nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen. Unser nachstehend erstatteter Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der BSKT zum 31. Dezember 2024 ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

(2) Die Gesellschaft ist nach den in § 268 Abs. 2 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen. Eine Prüfungspflicht besteht nach § 12 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages i.V.m. §§ 316 ff. HGB.

(3) Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) beachtet. Wir verweisen auf unsere gesonderte Berichterstattung in Abschnitt E.

Dr.Böhm

(4) Dem uns erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach §§ 319, 319b HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 28 ff. BS WP/vBP entgegen. Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit vollumfänglich beachtet habe.

(5) Wir haben unsere Prüfung mit Unterbrechungen in den Monaten August und September 2025 in den Geschäftsräumen der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH sowie in unseren Geschäftsräumen durchgeführt und am 9. September 2025 beendet.

Über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht.

(6) Wir haben diesen Prüfungsbericht nach dem Prüfungsstandard PS 450 n.F. (10.2021) "Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf erstellt.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss 2024, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und Anhang (Anlage 3), sowie den geprüften Lagebericht 2024 (Anlage 4) beigefügt.

Die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in der Anlage 6 tabellarisch dargestellt.

(7) Für die Durchführung des Auftrags und unserer Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage 7 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2024 zu Grunde. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach § 323 Abs. 2 HGB. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

B. Grundsätzliche Feststellungen

B.I Lage des Unternehmens

B.I.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

(8) Die Geschäftsführung hat im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3), insbesondere im Anhang, den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage des Unternehmens beurteilt. Hierbei ist sie auch auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung eingegangen. Für den Inhalt des Lageberichtes sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich.

Dr. Böhm

(9) Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Annahme des Fortbestandes und die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens ein, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht ihren Ausdruck gefunden haben.

Unsere Stellungnahme geben wir auf Grund unserer eigenen Beurteilung der Gesellschaft ab, welche wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gewonnen haben. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zu Grunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen. Unsere Berichtspflicht besteht, soweit uns die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben.

Die von uns geprüften Unterlagen i.S.v. § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB umfassten jene Unterlagen, die unmittelbar Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren, also die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie alle Unterlagen, wie z.B. Kostenrechnungsunterlagen, Planungsrechnungen, wichtige Verträge und Protokolle, die wir im Rahmen unserer Prüfung herangezogen haben.

Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:
1.) Geschäftsverlauf 2024
2.) Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(10) zu 1.)
Die Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH hat sich im Berichtsjahr - unverändert gegenüber den Vorjahren - in den Bereichen Tourismus (Betriebsführung und Dienstleistung gegenüber der Stadt Bad Schandau) und im Verkaufsbereich entsprechend ihrem vorgesehenen Leistungsprofil weiter stabilisiert.

Insbesondere aufgrund der erzielten Umsatzsteigerung um 21,0 TEuro auf 1.632,0 TEuro sowie der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von insgesamt 40,1 TEuro hat die Gesellschaft bei gleichzeitiger weitestgehender Konsolidierung der Aufwendungen das Geschäftsjahr 2024 wiederum mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 10,8 TEuro (Vj.: 2,9 TEuro) abschließen können. Das im Erfolgsplan 2024 vorgesehnen positive Ergebnis konnte somit nahezu erreicht werden.

Die Eigenkapitalquote erhöhte sich geringfügig zum Bilanzstichtag von 58,7 % auf nunmehr 66,3 %. Die Liquidität der Gesellschaft war ganzjährig sichergestellt.

Dr.Böhm

(11) zu 2.)
Die Geschäftsführerin weist in ihren Ausführungen im Lagebericht, wie bereits in den vergangenen Geschäftsjahren, auf die angespannte Finanzlage der Gesellschaft hin. Insofern ist der weitere Fortbestand der Gesellschaft und die Qualitätssicherung der angebotenen Leistungen auch zukünftig in hohem Maße davon abhängig, in welchem Umfang die Stadt Bad Schandau als Gesellschafterin die jährlich im Rahmen des Wirtschaftsplanes festgelegten Betriebsführungs- und Dienstleistungsentgelte zur Verfügung stellt.

Die Tourismusbranche ist unverändert den Schwankungen der Besucherzahlen sehr stark ausgesetzt und birgt damit das Risiko ebenso schwankender Umsätze in allen Bereichen.

Hinzu kommt, dass wiederkehrende Naturereignisse wie insbesondere Waldbrände oder Überschwemmungen sowie kontinuierlich steigende Ausgaben für Personal und Energie das Risiko einer unzureichenden Kostendeckung weiter verschärfen.

Auch die erforderliche Digitalisierung von Geschäftsprozessen führt zunächst ebenfalls zu erheblichen Mehraufwendungen, vorwiegend im Hinblick auf Softwareanschaffungen und deren laufende Wartung.

Die ursprünglich für 2025 geplanten Strukturänderungen in der GmbH, die im Unternehmenskonzept der Kommunalberatungsgesellschaft B & P zur Optimierung empfohlen wurden, werden vorläufig auch weiterhin nicht umgesetzt.

Die oben angeführten Hervorhebungen werden unten im Abschnitt D.III durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergänzt.

Die gesetzlichen Vertreter haben eine Einschätzung der Fähigkeit des Unternehmens zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit vorzunehmen.

Die Beurteilung der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzung der Fähigkeit des Unternehmens zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit erstreckt sich u.a. auf den von den gesetzlichen Vertretern verfolgten Prozess, die ihrer Einschätzung zugrundeliegenden Annahmen, ihre Pläne für zukünftige Maßnahmen und ob diese Pläne unter den gegebenen Umständen durchführbar sind.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen halten wir die Darstellung und Beurteilung der Lage und des Fortbestandes der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung durch die gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht insgesamt für zutreffend.

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, die diese Aussage in Frage stellen. Allerdings kann unsere Beurteilung, die Einschätzung der gesetzlichen Vertreter für angemessen zu halten, nicht bedeuten, dass durch künftige Ereignisse oder Verhältnisse eine Fortführung der Unternehmenstätigkeit nicht doch ausgeschlossen wird. Deshalb kann in der Tatsache, dass wir im Bestätigungsvermerk nicht nach § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB auf Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, hingewiesen haben, keine Garantie dafür gesehen werden, dass die Fortführung der Unternehmenstätigkeit gesichert ist.

Dr. Böhm

B.I.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

(12) Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir auch über bei Durchführung unserer Abschlussprüfung festgestellte Unrichtigkeiten (im Folgenden: falsche Darstellungen aufgrund von Irrtümern) oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften (im Folgenden: falsche Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen) sowie Tatsachen zu berichten, die schwerwiegende Verstöße von gesetzlichen Vertretern oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen (im Folgenden: sonstige Verstöße).

Die Gesellschaft wird überwiegend als Betriebsführerin bzw. Dienstleisterin gegenüber der Stadt Bad Schandau tätig. Ohne diese Dienstleistungen und die damit verbundenen Einzahlungen der Gesellschafterin wäre die Gesellschaft bei Aufrechterhaltung ihres übrigen Leistungsangebotes nicht lebensfähig. Sie müsste ihre Leistungen bei Wegfall oder Kürzung der Mittel wesentlich reduzieren.

B.I.3 Beachtung von sonstigen gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Regelungen

(13) Wir weisen darauf hin, dass gemäß § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Jahresabschluss und der Lagebericht in den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres aufzustellen sind.

Gemäß § 12 Abs. 2 hat die Geschäftsführung den Jahresabschluss und Lagebericht, den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers sowie den Vorschlag zur Ergebnisverwendung innerhalb von vier Monaten nach Ende des Geschäftsjahres der Gesellschafterin zur Feststellung des Jahresabschlusses und gleichzeitig dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzulegen.

(14) Die genannten gesellschaftrechtlichen Regelungen nach § 12 Abs. 1 und 2 zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 konnten nicht eingehalten werden, so dass auch die gesetzliche Frist zur Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung insbesondere gemäß § 42a GmbhG nicht eingehalten werden konnte.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

C.I Gegenstand der Prüfung

(15) Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 (Anlage 1 bis 3) und den Lagebricht für das Geschäftsjahr 2024 (Anlage 4) auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags geprüft.

Dr.Böhm

(16) Den Lagebericht haben wir daraufhin überprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt. Die Prüfung des Lageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichtes beachtet worden sind (§ 317 Abs. 2 HGB).

(17) Der Gegenstand der Prüfung wurde um die Prüfung nach § 53 HGrG erweitert. Dabei beachteten wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie die "Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG" (Anlage zur VV zu § 68 LHO). Über diese Prüfung haben wir in Abschnitt E gesondert berichtet.

(18) Die Geschäftsführerin der Gesellschaft trägt die Verantwortung für die Rechnungslegung und die uns gegenüber als Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung unter Beachtung der für die Rechnungslegung relevanten deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) zu beurteilen.

(19) Unsere Prüfung hat sich nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann (§ 317 Abs. 4a HGB).

(20) Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehörte nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich daraus üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung. Im Verlaufe unserer Tätigkeit ergaben sich auch keine Anhaltspunkte, die besondere Untersuchungen in dieser Hinsicht erforderlich gemacht hätten.

C.II Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

(21) Art und Umfang der beim vorliegenden Auftrag erforderlichen Prüfungshandlungen haben wir im Rahmen unserer Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt, das durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen, der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie ggf. erweiternde Bedingungen für den Auftrag und die jeweiligen Berichtspflichten begrenzt wird.

Dr. Böhm

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und der Lagebricht frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens erarbeiteten wir zunächst eine Prüfungsstrategie. Diese beruhte auf einer Einschätzung des Unternehmensumfeldes und auf Auskünften der Geschäftsleitung über die wesentlichen Unternehmensziele und Geschäftsrisiken.

Unsere Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Wir haben unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen an den Ergebnissen unserer Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) ausgerichtet.

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sind wir wie folgt vorgegangen: Ausgehend von den externen Faktoren, den Unternehmenszielen, der Geschäftsstrategie und den Steuerungs- und Überwachungsprozessen auf der Unternehmensebene haben wir anschließend die Geschäftsprozesse analysiert. In diesem zweiten Schritt der Prozessanalyse haben wir beurteilt, inwieweit die wesentlichen Geschäftsrisiken, die einen Einfluss auf unser Prüfungsrisiko haben, durch die Gestaltung der Betriebsabläufe und der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen reduziert worden sind. Ergänzend dazu haben wir Datenanalysen durchgeführt.

Die Erkenntnisse aus unserer Datenanalyse sowie des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Soweit nach unserer Einschätzung wirksame funktionsfähige Kontrollen implementiert waren und damit ausreichende personelle, computergestützte oder mechanische Kontrollen die Richtigkeit der Jahresabschlussaussage sicherstellten, konnten wir unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen im Hinblick auf Einzelfälle insbesondere im Bereich der Routinetransaktionen weitgehend einschränken. Soweit uns eine Ausdehnung der Prüfungshandlungen erforderlich erschien, haben wir neben analytischen Prüfungshandlungen in Form von Plausibilitätsbeurteilungen einzelne Geschäftsvorfälle anhand von Belegen nachvollzogen und auf deren sachgerechte Verbuchung hin überprüft.

Dr.Böhm

Im unternehmensindividuellen Prüfungsprogramm haben wir die Schwerpunkte unserer Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz von Mitarbeitern festgelegt. Hierbei haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet und daher unser Prüfungsurteil überwiegend auf der Basis von Stichproben getroffen.

(22) Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten unserer Prüfung:

- Verifizierung der positiven Fortbestehensprognose der Gesellschaft anhand des rechtlichen und wirtschaftlichen Umfeldes sowie der Wirtschaftspläne;
- aufbauorganisatorische Prüfung des Internen Kontrollsystems (IKS) hinsichtlich der Finanzbuchhaltung (Rechnungseingang, Fakturierung, Zahlungsein- und -ausgang, Mahnwesen);
- weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten der Gesellschaft haben wir Verträge, Ein- und Ausgangsrechnungen, sowie Kontoauszüge eingeholt.

Die Inventur der Vorräte erfolgte durch körperliche Bestandsaufnahme. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Vorratsvermögens haben wir nicht an der Inventur teilgenommen. Anhand der vorgelegten Unterlagen haben wir uns jedoch von der Ordnungsmäßigkeit der Inventurdurchführung überzeugt.

Gegenstand unserer Prüfung waren auch die Angaben im Lagebericht, insbesondere die prognostischen Angaben. Die im Einzelnen vorgenommenen Prüfungshandlungen haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

(23) Alle von uns erbetenen, nach pflichtgemäßem Ermessen zur ordnungsmäßigen Durchführung der Prüfung benötigten Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses in einer von uns eingeholten Vollständigkeitserklärung am 9. September 2025 schriftlich bestätigt.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

D.I Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

D.I.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

(24) Im Rahmen unserer Prüfung stellen wir fest, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen.

Dr. Böhm

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach unseren Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen unserer Prüfung stichprobenartig Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist numerisch geordnet, so dass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und ordnungsgemäß geführt. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr den gesetzlichen Anforderungen.

(25) Die Organisation der Buchführung, das interne Kontrollsystem (IKS), der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle und sind den Verhältnissen der Gesellschaft angemessen. Zudem sieht das eingerichtete IKS angemessene Kontrollen der Arbeitsabläufe vor. Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

(26) Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) sowie die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgen extern erstmalig durch die SKS Steuerberater Sonkin, Seifert und Partner mbB, Dresden, mit dem Programm Kanzlei-Rechnungswesen pro der Firma DATEV eG, Nürnberg.

Die Lohn- und Gehaltsabrechnung wird extern durch den Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen - KISA abgewickelt.

(27) Die Sicherheit der für die Zwecke der IT-gestützten Rechnungslegung verarbeiteten Daten ist gewährleistet und damit eine Verarbeitung entsprechend den GoB gemäß § 238 HGB.

(28) Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen wurden nach dem Ergebnis unserer Prüfung ordnungsgemäß in der Buchführung, im nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss und im Lagebericht abgebildet.

D.I.2 Jahresabschluss

(29) Die Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag - wie auch zum vorangegangenen Stichtag - als kleine Kapitalgesellschaft i.S.d. § 267 Abs. 1 HGB einzustufen. Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Die Bilanz ist unter Beachtung der Vorschriften des § 266 HGB gegliedert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

(30) In dem uns zur Prüfung vorgelegten, nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 wurden alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und alle größenabhängigen und rechtsformgebundenen Regelungen beachtet.

Dr.Böhm

(31) Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 14. November 2024 versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2023. Dieser wurde gemäß Empfehlung des Aufsichtsrates in der Gesellschaftsversammlung vom 11. Dezember 2024 unverändert festgestellt.

(32) Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sind nach unseren Feststellungen ordnungsmäßig aus der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden dabei ebenso beachtet wie der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB.

(33) In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang (Anlage 3) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt. Die Schutzklausel des § 286 HGB ist bezüglich der Angaben zu den Geschäftsführerbezügen im Anhang zu Recht in Anspruch genommen worden.

D.I.3 Lagebericht

Der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 (Anlage 4) steht mit dem Jahresabschluss und mit den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang und vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung der Lage der Gesellschaft. Die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt und der Lagebericht enthält die nach § 289 Abs. 2 HGB erforderlichen Angaben. Darüber hinaus sind im Lagebericht die erforderlichen Kennzahlen der Gesellschaft für den Beteiligungsbericht der Stadt Bad Schandau gemäß § 99 SächsGemO aufgeführt.

D.II Gesamtaussage des Jahresabschlusses

D.II.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

(34) Unsere Prüfung hat ergeben, dass § 264 Abs. 2 HGB beachtet wurde und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 im Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

In Ergänzung zum uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir darauf hingewiesen, dass der weitere Fortbestand der Gesellschaft von den jährlich im Rahmen des Wirtschaftsplanes festzulegenden Betriebsführungs- und Dienstleistungsentgelten abhängig ist.

(35) Im Folgenden stellen wir die zur Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erforderlichen wesentlichen Bewertungsgrundlagen (§ 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB) und den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben (§ 321 Abs. 2 Satz 4 zweiter Satzteil HGB), dar. Zu den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen gehören insbesondere Änderungen bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen.

Betriebswirtschaftliche Auswertungen in Form zusammengefasster Tabellen, Strukturbilanzen, Gegenüberstellungen zusammengefasster, betriebswirtschaftlich aussagefähiger Zahlen des Geschäftsjahres mit denen des Vorjahres, ergänzt um Kennzahlen und eine Kapitalflussrechnung nehmen wir außerhalb der vorliegenden Ausführungen zur Gesamtaussage im eigenständigen Abschnitt D.III "Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage" in unserem Prüfungsbericht auf, um die Lage und Entwicklung des Unternehmens im Berichtsjahr zu verdeutlichen.

Dr. Böhm

D.II.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderung

Die Bewertungsgrundlagen i.S.d. § 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren (Parameter, Annahmen und die Ausübung von Ermessensspielräumen).

(36) In dem Jahresabschluss der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH zum 31. Dezember 2024 wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen zugrunde gelegt:

- Die Saldenvorträge zum 1. Januar 2024 entsprechen den Ansätzen in der Bilanz zum 31. Dezember 2023, so dass die Bilanzidentität gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 1 HGB gewahrt ist.
- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going-Concern-Prinzip) gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden werden grundsätzlich einzeln bewertet (§ 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB).
- Das Realisationsprinzip bzw. das Imparitätsprinzip sowie der Grundsatz der Vorsicht werden beachtet (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB).
- Aufwendungen und Erträge des Berichtsjahrs werden periodengerecht abgegrenzt (§ 252 Abs. 1 Nr. 5 HGB).
- Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden werden grundsätzlich beibehalten (§ 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB).

Dr.Böhm

Im Rahmen der Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ist insbesondere die Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten von Bedeutung, weil mit derartigen Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine Einflussnahme auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses ermöglicht wird.

(37) Änderungen von Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsgrundlagen gegenüber dem Vorjahr wurden nicht vorgenommen.

Grundsätzlich sind nach § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB die gewählten Bewertungsmethoden beizubehalten. Für die gesamte Rechnungslegung einschließlich der Ausübung von Ansatzwahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen gilt das Willkürverbot. Nach § 284 Abs. 2 Nr. 2 HGB sind Durchbrechungen der Ansatz- und Bewertungsstetigkeit im Anhang anzugeben, zu begründen und die Auswirkungen zu erläutern.

(38) Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen der Gesellschaft im Anhang (Anlage 3).

D.III Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

D.III.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

(39) Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEuro für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2024 und 31. Dezember 2023.

(40) Geringfügige Abweichungen in der Summation resultieren aus Rundungsdifferenzen.

Entwicklung der Vermögenslage

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7,0	2,1	9,8	2,7	-2,8	-28,6
II. Sachanlagen						
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	42,5	12,5	56,5	15,5	-14,0	-24,8
	49,5	14,5	66,3	18,2	-16,8	-25,3
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
Waren	43,0	12,7	38,0	10,4	5,0	13,2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12,5	3,7	10,5	2,9	2,0	19,0
2. Forderungen gegen Gesellschafter	6,4	1,9	11,1	3,0	-4,7	-42,3
3. sonstige Vermögensgegenstände	31,1	9,2	22,8	6,3	8,3	36,4
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	186,2	54,9	204,0	55,9	-17,8	-8,7
	279,2	82,4	286,4	78,5	-7,2	-2,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10,6	3,1	12,1	3,3	-1,5	-12,4
	339,3	100,0	364,8	100,0	-25,5	-7,0

Dr.Böhm

Entwicklung der Kapitalstruktur

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25,6	7,5	25,6	7,0	0,0	0,0
II. Gewinnvortrag	188,7	55,6	185,8	50,9	2,9	1,6
III. Jahresüberschuss	10,8	3,2	2,9	0,8	7,9	272,4
	225,1	66,3	214,3	58,7	10,8	5,0
B. Rückstellungen						
1. sonstige Rückstellungen	40,3	11,9	56,7	15,6	-16,4	-28,9
	40,3	11,9	56,7	15,6	-16,4	-28,9
C. Verbindlichkeiten						
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	5,5	1,6	19,9	5,5	-14,4	-72,4
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	43,1	12,7	42,3	11,6	0,8	1,9
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	5,5	1,6	9,5	2,6	-4,0	-42,1
4. sonstige Verbindlichkeiten	19,8	5,8	22,0	6,0	-2,2	-10,0
	73,9	21,7	93,7	25,7	-19,8	-21,1
	339,3	100,0	364,8	100,0	-25,5	-7,0

(41) Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 25,5 TEuro bzw. 7,0 % auf 339,3 TEuro verringert. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf die Reduzierung der liquiden Mittel (-17,8 TEuro) zurückzuführen. Demgegenüber stehen insbesondere der Anstieg der sonstigen Vermögengsgegenstände (8,3 TEuro) sowie der Anstieg der Vorräte (5,0 TEuro).

(42) Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens (**Anlagevermögen**) am Gesamtvermögen hat sich von 18,1 % zum 31. Dezember 2023 auf 14,5 % zum 31. Dezember 2024 verringert.

(43) Im Berichtsjahr wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von insgesamt 9,2 TEuro vorgenommen. Dem gegenüber stehen die planmäßigen Abschreiben von 25,9 TEuro.

(44) Das kurzfristige Vermögen (**Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten**) ist um 8,7 TEuro bzw. 2,9 % auf nunmehr 289,8 TEuro gesunken.

(45) Bei den **Vorräten** hat sich der Bestand stichtagsbedingt um 5,0 TEuro auf 43,0 TEuro erhöht.

(46) Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 TEuro auf 12,5 TEuro erhöht. Zum Prüfungzeitpunkt waren die Forderungen im Wesentlichen bezahlt.

(47) Die **Forderungen gegen die Gesellschafterin** betreffen im Wesentlichen Umsatzsteuerforderungen aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft.

(48) Zur Entwicklung der **liquiden Mittel** verweisen wir auf die im Abschnitt D.III.2 Finanzlage unter Tz. 56 dargestellte Kapitalflussrechnung.

Dr. Böhm

(49) Das **Eigenkapital** der Gesellschaft ist um 10,8 TEuro bzw. 5,0 % auf 225,1 TEuro angestiegen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 66,3 % des Gesamtkapitals gegenüber 58,7 % im Vorjahr.

(50) Die **sonstigen Rückstellungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	Euro
Rückstellungen für Personalkosten	29.752,50
Rückstellungen für Abschluss und Prüfung	6.000,00
Rückstellug für Aufbewahrungspflicht	4.500,00
	40.252,50

(51) Die **erhaltenen Anzahlungen** betreffen ausgegebene Geschenkgutscheine.

(52) Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** sind im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 0,8 TEuro auf 43,1 TEuro gestiegen. Zum Prüfungszeitpunkt waren die Verbindlichkeiten im Wesentlichen bezahlt.

(53) Die **Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin** sind um 4,0 TEuro auf 5,5 TEuro gesunken.

(54) Die **sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer für November und Dezember des Berichtsjahres (9,2 TEuro),Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt für November und Dezember 2024 (5,3 TEuro) sowie Verbindlichkeiten aus Sozialversicherungskosten (1,9 TEuro).

(55) Das langfristige Vermögen ist zum Abschlussstichtag - wie bereits im Vorjahr - vollständig durch langfristiges Kapital (Eigenkapital) gedeckt.

Dr.Böhm

D.III.2 Finanzlage

(56) Einen Überblick über die Herkunft und über die Verwendung der finanziellen Mittel des geprüften Unternehmens gibt die nachstehende Kapitalflussrechnung, welche die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt und den Grundsätzen des vom Deutschen Standardisierungsrat DSR erarbeiteten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 21) entspricht.

	Kapitalflussrechnung	2024	2023
		TEuro	TEuro
1.	Jahresergebnis	10,8	2,9
2. +	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	25,9	17,7
3. -/+	Gewinn/Verlust aus Anlageabgängen	0,0	0,0
4. +/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-16,4	26,4
5. +/-	zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0,0	0,0
6. -/+	Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-9,2	-12,0
7. +/-	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-19,7	-29,2
8. =	**Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 7)**	**-8,6**	**5,8**
9. +	Einzahlungen aus Abgängen des Anlagevermögens	0,0	0,0
10. -	Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-9,2	-47,9
11. =	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 8 bis 10)**	**-9,2**	**-47,9**
12. +	Einzahlung aus Aufnahme von Krediten	0,0	0,0
13. -	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	0,0	0,0
14. =	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 12 und 13)**	**0,0**	**0,0**
15.	**Liquiditätsveränderung gesamt (Summe aus Zf. 8, 11, 14)**	**-17,8**	**-42,1**
16. +	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	204,0	246,1
17. =	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	186,2	204,0
18.	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	**-17,8**	**-42,1**

Dr. Böhm

(57) Zu dem **Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit** in Höhe von 8,6 TEuro kommen Abflüsse aus der **Investitionstätigkeit** in Höhe von 9,2 TEuro dazu. Zahlungsmittelflüsse aus **Finanzierungstätigkeit** waren nicht zu verzeichnen, so dass ein Liquiditätsabfluss im Berichtsjahr in Höhe von insgesamt 17,8 TEuro entsteht.

D.III.3 Ertragslage

(58) Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2024 und 2023 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

		01.01. bis 31.12.2024 TEuro	%	01.01. bis 31.12.2023 TEuro	%	Änderung ggü. dem Vorjahr in TEuro	%
	Umsatzerlöse	1.632,0	100,0	1.611,0	100,0	21,0	1,3
=	**Gesamtleistung**	1.632,0	100,0	1.611,0	100,0	21,0	1,3
+	Sonstige betriebliche Erträge	40,1	2,5	6,3	0,4	33,8	536,5
-	Materialaufwand	443,2	27,2	415,5	25,8	27,7	6,7
=	**Rohergebnis**	**1.228,9**	**75,3**	**1.201,8**	**74,6**	**27,1**	**2,3**
-	Personalaufwand	808,4	49,5	801,8	49,8	6,6	0,8
-	Abschreibungen	25,9	1,6	17,7	1,1	8,2	46,3
-	Sonstige betriebliche Aufwendungen	383,9	23,5	394,7	24,5	-10,8	-2,7
=	**Betriebsergebnis**	**10,7**	**0,7**	**-12,4**	**-0,8**	**23,1**	**186,3**
+	Finanzerträge	1,8	0,1	1,3	0,1	0,5	38,5
=	**Finanzergebnis**	**1,8**	**0,1**	**1,3**	**0,1**	**0,5**	**38,5**
-	Ertragsteuern	0,5	0,0	-15,3	-0,9	15,8	103,3
=	**Ergebnis nach Steuern**	11,9	0,7	4,0	0,2	7,9	197,5
-	Sonstige Steuern	1,0	0,1	1,1	0,1	-0,1	-9,1
=	**Jahresüberschuss**	**10,8**	**0,7**	**2,9**	**0,2**	**7,9**	**272,4**

Dr. Böhm

(59) Die **Umsatzerlöse** der Gesellschaft sind gegenüber dem Vorjahr um 21,0 TEuro auf 1.632,0 TEuro gestiegen.

(60) Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betreffen im Wesentlichen die Ausbuchung nicht eingelöster Gutscheine in Höhe von 15,3 TEuro, die Verrechnungen aus Sachbezügen von 7,7 TEuro sowie die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 6,1 TEuro.

(61) Der **Materialaufwand** ist um 27,7 TEuro auf 443,2 TEuro gestiegen. Der Anteil des Materialaufwandes an der Gesamtleistung der Gesellschaft beträgt 27,2 % (Vorjahr 25,8 %).

(62) Der **Personalaufwand** ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 TEuro auf 808,4 TEuro gestiegen. Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 29 Mitarbeiter (Vj. 28 Mitarbeiter) beschäftigt.

(63) Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind im Vergleich zum Vorjahr um 10,8 TEuro auf 383,9 TEuro gesunken und beinhalten insbesondere Reparatur- und Instandhaltungskosten (65,6 TEuro), Werbe- und Reisekosten (63,6 TEuro), Raumkosten (61,3 TEuro) sowie Fahrzeugkosten (31,1 TEuro).

(64) Unter Berücksichtigung der **Ertragsteuern** (0,5 TEuro) ergibt sich ein positives **Ergebnis nach Steuern** in Höhe von 11,9 TEuro und unter Berücksichtigung **sonstiger Steuern** (1,0 TEuro) ein **Jahresüberschuss** in Höhe von 10,8 TEuro (Vj. 2,9 TEuro).

E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

(65) Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

(66) Die erforderlichen Feststellungen haben wir in einem gesonderten Bericht (Prüf- und Erhebungsliste zu den Feststellungen nach § 53 HGrG auf der Grundlage des IDW PS 720 - Fragenkatalogs zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Dr.Böhm

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

(67) Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir am 9. September 2025 dem als Anlagen 1 bis 3 beigefügten Jahresabschluss der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH, Bad Schandau, zum 31. Dezember 2024 und dem als Anlage 4 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 den nachstehenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der von uns an dieser Stelle wiedergegeben wird:

„**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH, Bad Schandau

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH, Bad Schandau – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH, Bad Schandau, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 geprüft.

Dr.Böhm

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Absatz 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des

Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Dr.Böhm

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentliche falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Er-

kenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen,beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen-Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerk-

Dr. Böhm

sam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Dr.Böhm

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen."

G. Schlussbemerkung

(68) Vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

(69) Die Verwendung des vorstehend wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichtes setzt unsere vorherige Zustimmung voraus.

(70) Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert unsere erneute Stellungnahme, soweit dabei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Wir weisen diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

(71) Der Prüfungsbericht wird gemäß § 321 Abs. 5 HGB unter Berücksichtigung von § 32 WPO wie folgt unterzeichnet.

Dresden, 9. September 2025

Dr. Heide & Noack PartGmbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Winfried Heide
Wirtschaftsprüfer

Heike Noack
Wirtschaftsprüferin

Dr. Böhm

DR. HEIDE & NOACK PARTGMBB
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT · STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
DRESDEN

Anlagen

Dr.Böhm

TOP 9

Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH
Bad Schandau

Bilanz zum

AKTIVA

	Euro	31.12.2024 Euro	31.12.202 Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		7.035,00	9.755,0
II. Sachanlagen			
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		42.516,00	56.493,0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Waren		42.987,44	37.966,4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.501,46		10.477,9
2. Forderungen gegen Gesellschafter	6.374,21		11.100,9
3. sonstige Vermögensgegenstände	31.138,56		22.815,0
		50.014,23	44.393,9
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		186.180,18	204.042,7
C. Rechnungsabgrenzungsposten		10.561,82	12.138,4
		339.294,67	364.789,5

Dr.Böhm

Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH
Bad Schandau

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Anlage 2

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	1.631.980,19	1.610.958,43
2. sonstige betriebliche Erträge	40.109,36	6.272,37
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	312.460,00	296.014,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	130.727,22	119.466,70
	443.187,22	415.481,66
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	611.458,13	624.620,24
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	196.984,43	177.175,45
	808.442,56	801.795,69
- davon für Altersversorgung Euro 39.140,39 (Euro 32.758,50)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	25.910,49	17.743,10
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	383.919,85	394.736,33
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.767,43	1.289,79
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	40,00
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	528,33	15.290,54-
10. Ergebnis nach Steuern	11.868,53	4.014,35
11. sonstige Steuern	1.024,00	1.082,00
12. Jahresüberschuss	10.844,53	2.932,35

Dr. Böhm

Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH
Bad Schandau

Anhang für das Geschäftsjahr 2024

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Gesellschaft (Firmensitz: Bad Schandau, eingetragen beim Amtsgericht Dresden, HRB-Nr. 15317) wurde gemäß den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches nach den Grundsätzen der doppelten kaufmännischen Buchführung aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des GmbH-Gesetzes sowie des Gesellschaftsvertrages zu beachten.

Wahlrechte für Angaben in der Bilanz oder im Anhang wurden nicht einheitlich ausgeübt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgt vor Ergebnisverwendung.

Die Gesellschaft ist nach den Größenmerkmalen des § 267 Abs. 1 HGB als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen. Die Gesellschaft hat gemäß Gesellschaftsvertrag den Jahresabschluss und den Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

Dr. Böhm

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs-/Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bewertet. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode vorgenommen. Die Abschreibung von GWG bis 250,00 Euro erfolgt sofort und vollständig. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert zwischen 250,01 Euro und 800 Euro werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Vorräte werden unter Berücksichtigung des Niederwertprinzips mit dem gewogenen Durchschnittswert oder zu Einkaufspreisen bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie die flüssigen Mittel sind zum Nennwert bilanziert.

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden. Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

Erläuterung der Bilanz

Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zu diesem Bericht beigefügten Anlagespiegel dargestellt.

Forderungen

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Forderungen gegen Gesellschafter bestehen in Höhe von 6.374,21 EUR (Vorjahr: 11.100,94 EUR).

Eigenkapital

Das auf der Passivseite ausgewiesene Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem Stammkapital, dem Ergebnisvortrag und dem Jahresüberschuss.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen insbesondere Personalrückstellungen sowie Abschluss- und Prüfungskosten.

Dr.Böhm

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben alle Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bestehen in Höhe von 5.522,59 EUR (Vorjahr: 9.467,04 EUR). In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von insgesamt 9.072,09 EUR (Vorjahr: 6.102,82 EUR) enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Erträge

Diese Position beinhaltet periodenfremde Erträge in Höhe von 4.898,4 EUR.

Personalaufwand

Im Personalaufwand sind Aufwendungen aus Altersversorgung in Höhe von 39.140,39 EUR (Vorjahr: 32.758,50 EUR) enthalten.

Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar beträgt 6.806,60 EUR.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen bestehen in betriebsgewöhnlichem Umfang.

Sonstige Angaben

Namen der Geschäftsführerin und der Mitglieder des Aufsichtsrates

- Geschäftsführerin im Geschäftsjahr: Frau Gundula Strohbach

- Mitglieder des Aufsichtsrates waren in 2024:

Kunack, Thomas	Bürgermeister	Vorsitzender des Aufsichtsrates
Dr. Böhm, Rolf	Kartograph	Mitglied
Eggert, Marina	Lehrerin	Mitglied
Lindemann, Maik	Programmierer/Informatiker	Mitglied
Heinze, Christian	Betriebswirt für Hotellerie	Mitglied

Vergütungen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführerin wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder wurden im Jahr 2024 in Höhe von 1.290,00 EUR an die Aufsichtsräte gezahlt.

Dr. Böhm

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

Im Jahr 2024 hatte die GmbH durchschnittlich 29 (Vorjahr: 28) Beschäftigte, davon 21 Angestellte und 8 Arbeiter.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss von 10.844,53 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Nachtragsbericht

Aufgrund der diversen und unverändert anhaltenden Krisensituationen können negative Folgen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht ausgeschlossen werden. Es wird auf die Ausführungen der Geschäftsführerin im Lagebericht verwiesen.

Bad Schandau, 9. September 2025



Gundula Strohbach
Geschäftsführerin
Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH

Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH
Bad Schandau

ANLAGENSPIEGEL

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			
	Stand 01.01.2024 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Stand 31.12.2024 Euro
Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	26.908,86	0,00	0,00	26.908,86
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	26.908,86	0,00	0,00	26.908,86
II. Sachanlagen				
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	174.577,76	9.213,49	1.084,92	182.706,33
Summe Sachanlagen	174.577,76	9.213,49	1.084,92	182.706,33
Summe Anlagevermögen	201.486,62	9.213,49	1.084,92	209.615,19

Dr.Böhm

Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH
Bad Schandau

Lagebericht zum Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2024

A – Darstellung des Geschäftsverlaufes und der Lage 2024

1.1. Allgemeines

Auf der Grundlage der Dienstleistungsverträge für die Durchführung von Veranstaltungen und Tourismus/ Marketing und des Betriebsführungsvertrags, welche mit der Stadt Bad Schandau abgeschlossen wurden, ist die Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH mit der Betriebsführung der städtischen Kur- und Tourismuseinrichtungen - unverändert gegenüber dem Vorjahr - beauftragt.

Im Rahmen der Verträge werden folgende Einrichtungen und Anlagen bewirtschaftet bzw. betreut:

- Haus des Gastes – Markt 12
- Touristinformation – Markt 1-11
- Öffentliche Bedürfnisanstalten
- Kulturstätte im Stadtpark am Kurpark
- Historischer Personenaufzug
- Museum Bad Schandau
- Botanischer Garten
- Bibliothek
- Kurpark, einschließlich Spielplatz
- Elbpromenade (intensiv zu pflegende Anlagen)
- Parkplätze - Ortseingang, Elbparkplätze, Schmilka, Ostrau, Wanderparkplatz Kirnitzschtalstraße
- Freizeitanlagen und Spielplätze
- Kegelbahn.

Dr.Böhm

Weitere Tätigkeitsfelder sind die Mitwirkung bei der Planung und Gestaltung der kurörtlichen Infrastruktur sowie die Durchführung aller Maßnahmen des Innen- und Außenmarketings, kultureller Veranstaltungen und der Gästebetreuung.

Seit 2017 übernimmt die GmbH das Inkasso der Gästetaxe. Das Aktivzentrum, welches in den Räumlichkeiten des Hotelkomplexes Elbresidenz eingemietet ist, vermarktet von dort alle touristischen Dienstleistungen sowie die Globetrotter-Ware.

Das Geschäftsjahr 2024 konnte die Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH mit einem positiven Ergebnis in Höhe von 10.844,5 TEUR abschließen. Das geplante Jahresergebnis (17.325,8 EUR) wurde damit nahezu erreicht.

1.2 Wirtschaftsplan und Ergebnisvergleich

Der Wirtschaftsplan 2024 wurde in der Sitzung am 15. Mai 2024 durch den Stadtrat beschlossen. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 zeigt gegenüber dem Wirtschaftsplan 2024 folgende Abweichungen:

Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH
Bad Schandau

			Abweichung	
	WP 2024 in EUR	**IST lt. GuV 2024 in EUR**	**Überschreitung in EUR**	**Unterschreitung in EUR**
Umsatzerlöse	1.548.500,00	1.631.980,19	83.480,19	
sonstige betriebliche Erträge	0,00	40.109,36	40.109,36	
Summe Einnahmen	1.548.500,00	1.672.089,55	123.589,55	
Aufwand für bezogene Waren	257.500,00	312.460,00	54.960,00	
Aufwand für bezogene Leistungen	136.100,00	130.727,22		5.372,78
Personalaufwand	768.293,59	808.442,56	40.148,97	
Abschreibungen auf Sachanlagen	19.700,00	25.910,49	6.210,49	
sonstige Aufwendungen	348.366,57	383.919,85	35.553,28	
Summe Ausgaben	1.529.960,16	1.661.460,12	131.499,96	
Zinserträge	0,00	1.767,43	1.767,43	
Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	528,33	528,33	
Ergebnis nach Steuern	18.539,84	11.868,53		6.671,31
sonstige Steuern	1.214,00	1.024,00		190,00
Jahresüberschuss	17.325,84	10.844,53		6.481,31

Dr. Böhm

Innerhalb der Umsatzerlöse ergibt sich folgendes Bild:

Umsatzerlöse:	**WP 2024 in EUR**	**GuV 2024 in EUR**	**Abweichungen 2024**
Betriebsführungsentgelt	615.500,00	605.109,00	-10.391,00
Dienstleistungsentgelt	433.000,00	425.653,00	-7.347,00
Verkaufserlöse Leistungen 19% USt	256.000,00	222.164,35	-33.835,65
Verkaufserlöse Waren 19% USt	201.000,00	279.763,85	78.763,85
Verkaufserlöse Waren 7% USt	25.000,00	31.189,13	6.189,13
Vermittlungsprovisionen 19% USt	10.000,00	7.521,90	-2.478,10
Verkaufserlöse Waren 0% USt	4.000,00	6.304,05	2.304,05
Erlöse Stadt 0% USt	4.000,00	30,00	-3.970,00
Verkaufserlös Leistung 7% USt	0,00	49.399,41	49.399,41
Provision Verkauf 0% USt	0,00	3.885,00	3.885,00
Verkaufserlös Leistung 0% USt	0,00	500,00	500,00
Werbeeinnahmen 0% USt	0,00	222,00	222,00
Provisionumsatz 19 % USt	0,00	210,00	210,00
Erlöse Porto 0% USt	0,00	28,50	28,50
Summe	**1.548.500,00**	**1.631.980,19**	**83.480,19**

Dr.Böhm

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen konnte eine Überschreitung in Höhe von 40.109,36 EUR verzeichnet werden. Dies stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

Erträge	**WP 2024 in EUR**	**GuV 2024 in EUR**
sonstige betriebliche Erträge	0,00	1.500,00
sonstige Erträge unregelmäßig	0,00	15.267,00
sonstige Erträge Fördermittel	0,00	2.070,00
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	0,00	6.052,50
Verr. sonstige Sachbezüge Kfz 19% USt	0,00	7.748,98
periodenfremde Erträge	0,00	4.898,36
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	0,00	19,66
Versicherungsentschädigungen, Schadenersatz	0,00	2.552,86
Summe	**0,00**	**40.109,36**

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Fremdleistungen setzen sich zusammen aus:

Aufwand:	**WP 2024 in EUR**	**GuV 2024 in EUR**
Wareneingang	11.000,00	22.838,44
Wareneingang 7% USt	0,00	51.906,66
Wareneingang 19% USt	246.500,00	242.311,91
EU-Erwerb	0,00	424,00
Bestandsveränderung	0,00	-5.021,01
Fremdleistungen	0,00	42.827,92
Fremdleistungen ohne Vorsteuer	0,00	20.412,43
Fremdleistungen 7% USt	0,00	8.874,76
Fremdleistungen 19 % USt	136.100,00	57.257,57
Fremdleistungen §13b UStG	0,00	1.354,54
Summe	**393.600,00**	**443.187,22**

Dr. Böhm

Der Personalaufwand belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf 808.442,56 EUR (Plan 768.293,59 EUR). Dabei wurden durchschnittlich 29 Mitarbeiter (einschl. Geschäftsführung) im Geschäftsjahr beschäftigt. Wobei die Personalbesetzung innerhalb der vier Quartale Unterschiede aufwies, so dass in der Hauptsaison mehr und in der Nebensaison weniger Mitarbeiter beschäftigt waren.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 10.844,5 EUR soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

1. 3. Investitionen und Abschreibungen

			Abweichung	
Investitionen	WP 2024 in EUR	Realisierung 2024 in EUR	Überschreitung in EUR	Unterschreitung in EUR
Sachanlagen				
BGA, GWG, immaterielle Anlagewerte	6.000,00	9.213,49	3.213,49	
Summe	**6.000,00**	**9.213,49**	**3.213,49**	
Abschreibungen	19.700,00	25.910,49	6.210,49	
Summe	**19.700,00**	**25.910,49**	**6.210,49**	

1.4. Vermögenslage und Kapitalstruktur

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht grundlegend verändert. Sie setzt sich insbesondere aus den liquiden Mitteln (186,2 TEUR), den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (50,0 TEUR), den Vorräten (43,0 TEUR) sowie dem Anlagevermögen (49,5 TEUR) zusammen.

Dr.Böhm

Wie bereits im Vorjahr wird das langfristige Vermögen zum Bilanzstichtag vollständig durch Eigenkapital gedeckt

Es ist jedoch herauszustellen, dass die Gesellschaft seit mehreren Jahren an Liquidität verliert. Im Jahr 2024 wurde das positive Ergebnis speziell durch nicht liquiditätswirksame Erträge, wie beispielsweise die Auflösung von Rückstellungen und die Ausbuchung von Altgutschriften erzielt.

Aufgrund des Jahresüberschusses erhöht sich das Eigenkapital auf 225,1 TEUR. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 66,4% und hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht.

Das Fremdkapital in Form der Rückstellungen und Verbindlichkeiten blieb in seiner Struktur unverändert. Die sonstigen Rückstellungen verminderten sich insbesondere im Personalbereich infolge von geringeren offenen Urlaubstagen und Überstunden zum Bilanzstichtag.

1.5 Finanzlage

Im Berichtszeitraum war die Liquidität der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH sichergestellt. Am Jahresende betrug der Bestand an liquiden Mitteln 186.180,18 EUR. Der Kontokorrentkredit wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen. Derivate Finanzinstrumente wurden nicht eingesetzt.

B – Prognosebericht, Chancen- und Risikobericht

Die Liquidität und die Ertragslage der GmbH sind stark abhängig von der regelmäßigen Zahlung des Betriebsführungsentgeltes und der Dienstleistungsentgelte des Gesellschafters.

Um die Weiterführung und zukünftige Entwicklung des Unternehmens mit der damit verbundenen Leistungserbringung für den Gesellschafter zu sichern, ist die Zahlung ausreichender Entgelte unabdingbare Voraussetzung.

Im Betriebsführungsvertrag ist geregelt, dass die Festsetzung der Höhe des Betriebsführungsentgeltes auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes für jedes Geschäftsjahr neu erfolgt.

Die Umsatzentwicklung in den touristischen Leistungsbereichen, in denen die GmbH eine rein wirtschaftliche Tätigkeit ausführt, muss weiter ausgebaut werden, da diese Geschäftsfelder zur Erhaltung des Unternehmens mehr an Bedeutung gewinnen werden. Die Tourismusbranche ist den Schwankungen der Besucherzahlen sehr stark ausgesetzt und birgt damit das Risiko ebenso schwankender Umsätze in allen Bereichen.

Dr.Böhm

Immer wieder auftretende Naturkatastrophen (Hochwasser, Waldbrände) und stetige Kostensteigerungen erhöhen das Risiko einer unzureichenden Kostendeckung.

Die notwendige Umstellung der Dienstleistungsbranche auf vermehrt digitale Abläufe bringt ebenfalls enorme Kostensteigerungen im Bereich der Software und deren Wartung mit sich.

Durch eine ständige Überwachung kann das Forderungsausfallrisiko auf ein Minimum begrenzt werden. Dem städtischen Marketing und dem Gästeservice muss auch weiterhin eine hohe Bedeutung beigemessen werden. Es sollte zu den wichtigsten Aufgaben der GmbH gehören, um die Gesamtheit der Leistungen der Stadt Bad Schandau auf dem touristischen Markt zu stabilisieren und die wichtigste Einnahmequelle der Kommune zu sichern.

Die geplanten Strukturänderungen in der GmbH, die im Unternehmenskonzept der Kommunalberatungsgesellschaft zur Optimierung empfohlen wurden, werden vorläufig nicht umgesetzt. Das stattdessen verfolgte Konzept zur Gründung einer regionalen Dienstleisungs GmbH für die gemeinsame Betreibung von 8 Tourist Informationen ist an den steuerlichen Rahmenbedingungen gescheitert.

An die Zukunftsfähigkeit der GmbH muss innerhalb der Kommune weitergearbeitet werden. Alternative Konzepte müssen entwickelt und die Effektivität des Inkasso Geschäfts überprüft werden.

Zusammengefasst gehen wir in unserer Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2025 von einem ausgeglichenen Jahresergebnis aus.

Bad Schandau, 9. September 2025

Gundula Strohbach
Geschäftsführerin
Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH

Dr.Böhm

Dr. Heide & Noack PartGmbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH, Bad Schandau

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH, Bad Schandau – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH, Bad Schandau, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dr. Böhm

Gemäß § 322 Absatz 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Dr.Böhm

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegeben-

Dr. Böhm

heiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, 9. September 2025

Dr. Heide & Noack PartGmbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Winfried Heide
Wirtschaftsprüfer

Heike Noack
Wirtschaftsprüferin

DR. HEIDE & NOACK PARTGMBB · WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT · STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT · WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT · SIEGEL · DRESDEN

Dr. Böhm

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

a) Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH
Gründung:	15. November 1996
Sitz:	Bad Schandau
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gesellschaftsvertrag:	gültig in der Fassung vom vom 26. Januar 2021
Handelsregister-eintragung:	Amtsgericht Dresden, HR B 15371
Gegenstand des Unternehmens:	Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung und Entwicklung der touristischen und kurörtlichen Infrastruktur auf dem Gebiet der Stadt Bad Schandau und alle damit im Zusammenhang stehenden Leistungen. Dazu gehören insbesondere die Förderung des Fremdenverkehrs (Tourismus) einschließlich des touristischen Destinationsmarketings und -managements sowie die Förderung von kulturellen Traditionen. Dafür kann die Gesellschaft Kulturveranstaltungen organisieren und durchführen. Gegenstand des Unternehmens sind weiterhin die Gästebetreuung sowie die Planung und Gestaltung der touristischen und kurörtlichen Weiterentwicklung der Stadt Bad Schandau.
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Gezeichnetes Kapital:	25.600,00 Euro; voll eingezahlt
Gesellschafter:	Stadt Bad Schandau (100,0 %)
Organe:	- Gesellschafterversammlung - Aufsichtsrat - Geschäftsführung
Aufsichtsrat:	Herr Thomas Kunack, Bürgermeister - Vorsitzender Herr Dr. Rolf Böhm, Kartograph Frau Marina Eggert, Lehrerin Herr Maik Lindemann, Programmierer/Informatiker Herr Christian Heinze, Betriebswirt für Hotellerie

Dr. Böhm

Geschäftsführung/ Vertretung:	Frau Gundula Strohbach - Einzelvertretungsberechtigung
Gesellschafterver-sammlung/-beschlüsse:	Im Berichtsjahr fanden drei Gesellschafterversammlungen am 22. Februar 2024, 16. Mai und 11. Dezember 2024 mit folgenden wesentlichen Beschlüssen statt: - Beschluss des Wirtschaftsplanes 2024; - Feststellung des Jahresabschlusses 2022 und 2023, - Entlastung der Geschäftsführung, - Ergebnisverwendung für den Jahresüberschuss 2023

b) Steuerliche Verhältnisse

- zuständiges Finanzamt:	Pirna
- Steuernummer:	210/106/03118
- Steuererklärungen/-bescheide	Die Steuererklärungen für das Geschäftsjahr 2023 sind abgegeben; Bescheide hierfür sind erlassen.

Die Gesellschaft ist gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 des KStG unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig. Gemäß den §§ 16 bis 18 des UStG unterliegt das Unternehmen grundsätzlich der Regelbesteuerung. Es besteht jedoch eine umsatzsteuerliche Organschaft mit der Gesellschafterin, der Stadt Bad Schandau. Der Gewerbebetrieb unterliegt der Gewerbesteuerpflicht gemäß § 2 Abs. 1 GewStG.

Dr.Böhm

Allgemeine Auftragsbedingungen

für
Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

Dr. Bohm

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten. ©
IDW Verlag GmbH · 50341/1

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

D-Exemplar

BERICHT

ÜBER DIE PRÜFUNG
GEMÄSS § 53 HAUSHALTSGRUNDSÄTZE-
GESETZ
ZUM 31. DEZEMBER 2024
DER
BAD SCHANDAUER KUR- UND
TOURISMUS GMBH
BAD SCHANDAU

Dr.Böhm

- Maßgeblich ist das gebundene Exemplar -

DR. HEIDE & NOACK PARTGMBB
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT • STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Comeniusstraße 32 • 01307 Dresden
E-Mail: info@heide-noack.de
Telefon: 0351 44 00 38 0

INHALTSVERZEICHNIS

A. Prüfungsauftrag 1

B. Inhalt und Umfang 2

C. Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG 3

Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge 3

Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen 4

Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling 5

Risikofrüherkennungssystem 7

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate 8

Interne Revision 9

Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans 10

Durchführung von Investitionen 11

Vergaberegelungen 12

Berichterstattung an das Überwachungsorgan 12

Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven 13

Finanzierung 14

Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung 15

Rentabilität/Wirtschaftlichkeit 15

Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen 16

Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage 17

D. Prüfungsfeststellungen 18

Dr Böhm

A. PRÜFUNGSAUFTRAG

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung der

Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH,
Bad Schandau
(im Folgenden kurz „Gesellschaft“ bzw. „BSKT“ genannt)

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 gewählt (§ 318 Abs. 1 Satz 1 HGB). Daraufhin hat uns der Vorsitzende des Aufsichtsrates den Auftrag erteilt, im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach den Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zu prüfen.

Die Prüfung erfolgte entsprechend den Vorschriften des § 53 HGrG und unter Beachtung des Prüfungsstandards des Institutes der Wirtschaftsprüfer e.V. (IDW) „Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG“ (IDW-PS 720).

Die Prüfung wurde von uns in den Geschäftsräumen der Gesellschaft sowie abschließend in unseren Büroräumen durchgeführt.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung erteilt worden. Der nachfolgend erstattete Bericht ergänzt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024. Wir verweisen insofern auf die Ausführungen und Erläuterungen in diesem Prüfungsbericht.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2024 vereinbart.

Dr Böhm

B. INHALT UND UMFANG

Zur Prüfung des Inhalts und Umfangs der Prüfung nach § 53 HGrG geben wir folgende Hinweise:

Die Vorschrift nach § 53 HGrG verlangt eine Prüfung der „Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung". Prüfungsgegenstand ist die „Ordnungsmäßigkeit" der Geschäftsführung und nicht die Prüfung der „gesamten Geschäftsführung".

Den Maßstab für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung bilden in sinngemäßer Anwendung die Vorschriften des § 43 Abs. 1 GmbHG, nach der die Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsmannes anzuwenden hat.

Die Prüfer haben festzustellen, ob die Geschäfte der GmbH im abgelaufenen Geschäftsjahr mit der erforderlichen Sorgfalt sowie in Übereinstimmung mit den Gesetzen, den Satzungen, den Beschlüssen des Aufsichtsrates sowie der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die Prüfung nach § 53 HGrG umfasst danach folgende Schwerpunkte:

- Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation,
- Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstruments,
- Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit,
- Vermögens- und Finanzlage,
- Ertragslage.

Dr Böhm

Insbesondere soll in diesem Zusammenhang geprüft werden, ob ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsmäßig abgewickelte Geschäftsvorfälle und erkennbare Fehldispositionen vorliegen.

Es ist nicht Aufgabe der Prüfung, den Entscheidungsprozess in seinen Einzelheiten zu prüfen. Es kommen nur wesentliche, grob fehlerhafte oder missbräuchliche kaufmännische Ermessensentscheidungen oder vergleichbare Unterlassungen in Betracht.

Im Rahmen des § 53 HGrG ist eine stichprobenweise Prüfung ausreichend.

Die Prüfung der Verwendung der von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Mittel zum Zwecke der Feststellung, ob die Mittel zweckentsprechend, wirtschaftlich und sparsam verwendet worden sind, gehört nicht zum Prüfungsumfang nach § 53 HGrG.

C. FRAGENKATALOG ZUR PRÜFUNG NACH § 53 HGrG

Fragenkreis 1:

Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) *Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?*

Gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages sind Organe der Gesellschaft:

- die Gesellschafterversammlung

- der Aufsichtsrat

- die Geschäftsführung.

Dr.Böhm

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrags hat die Gesellschaft einen oder mehrere Geschäftsführer. Im Geschäftsjahr 2024 war unverändert gegenüber dem Vorjahr eine Geschäftsführerin bestellt. Dementsprechend gibt es keinen Geschäftsverteilungsplan. Im Anstellungsvertrag der Geschäftsführerin sowie im Gesellschaftsvertrag sind die zustimmungsbedürftigen Geschäfte umfassend geregelt. Die letzte Änderung des Gesellschaftsvertrags erfolgte am 26. Januar 2021.

Eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat liegt nicht vor. Die Aufgaben und Zuständigkeiten des Aufsichtsrates sind in § 9 des Gesellschaftsvertrags geregelt.

b) *Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?*

Im Geschäftsjahr 2024 fanden vier Aufsichtsratssitzungen (9. Januar 2024, 6. Mai 2024, 22. Oktober 2024 und 4.Dezember 2024) statt sowie drei Gesellschafterversammlungen (22. Februar 2024, 16. Mai 2024 und 12. Dezember 2024) statt.

Über diese Sitzungen wurden Niederschriften in Form von Protokollen angefertigt. Die gesellschaftsrechtlich vorgesehenen vier Aufsichtsratssitzungen wurden somit wahrgenommen.

c) *In welchen weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?*

Auskunftsgemäß ist die Geschäftsführerin in keinem der genannten Organe/Aufsichtsgremien tätig.

d) *Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?*

Nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführerin verzichtet. Die Höhe der Aufwandsentschädigungen / Sitzungsgelder für Mitglieder des Aufsichtsrates wird im Anhang ausgewiesen.

Fragenkreis 2:

Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

Dr.Böhm

a) *Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?*

Ein formaler Organisationsplan oder ein Organigramm des Unternehmens, aus dem Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten / Weisungsbefugnisse ersichtlich sind, existiert. Eine Aktualisierung erfolgte insbesondere im Rahmen einer im Jahr 2020 vorgenommenen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch eine externe Unternehmensberatung.

Das Unternehmen ist in verschiedene Bereiche unterteilt, die aus dem Kostenstellenplan hervorgehen.

Die kaufmännische Betriebsführung erfolgt extern.

b) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?*

Hierfür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

c) *Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?*

Formale Richtlinien zur Korruptionsprävention sind nicht aufgestellt worden. Die Geschäfte werden nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags, unter Aufsicht des Aufsichtsrates sowie unter Beachtung der Regelungen des Geschäftsführer-Anstellungsvertrages geführt.

Darüber hinaus gibt es Funktionstrennungen und Bestimmungen zu Zeichnungsberechtigungen. Die damit verbundenen Regelungen dienen auch der Korruptionsprävention. Spezielle Regelungen zur Korruptionsprävention gibt es jedoch nicht.

Auskunftsgemäß wurden in regelmäßigen Abständen mündliche Belehrungen vorgenommen.

d) *Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?*

Durch den Gesellschaftsvertrag und den Geschäftsführeranstellungsvertrag ist geregelt, bei welchen wesentlichen Entscheidungen die Geschäftsführung die Zustimmung des Aufsichtsrates einzuholen hat.

Aufgrund der Unternehmensgröße werden die wesentlichen Entscheidungen durch die Geschäftsführung direkt getroffen.

Dr.Böhm

Für die Kassenführung der BSKT existiert eine Dienstanweisung.

Anhaltspunkte, dass diese Regelungen nicht eingehalten wurden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

e) *Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?*

Verträge werden nach Sachgebieten ordnungsgemäß abgelegt.

Fragenkreis 3:

Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) *Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?*

Das Planungswesen der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH spiegelt sich vornehmlich im Wirtschaftsplan wider. Gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages hat die BSKT in entspre-

chender Anwendung der Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung für jedes Jahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen.

Der vom Aufsichtsrat genehmigte Wirtschaftsplan und die Finanzplanung sind mit der Gesellschafterin abzustimmen und vor Beginn des Wirtschaftsjahres dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Aufgrund der saisonalen Ausrichtung der Gesellschaft sind zuverlässige Kalkulationen erst ab Oktober des Vorjahres möglich. Infolgedessen erfolgt die Beschlussfassung der Wirtschaftspläne in der Regel zu Beginn des jeweiligen Wirtschaftsjahres.

Der Wirtschaftsplan wird den Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht.

b) *Werden Planabweichungen systematisch untersucht?*

Durch die Geschäftsführung erfolgt ein Plan-Ist-Vergleich unter Zuhilfenahme der mit der Software DATEV geführten Kostenstellenrechnung.

In den Aufsichtsratssitzungen erstattet die Geschäftsführerin einen Bericht zur Entwicklung der Gesellschaft. Plan/Ist-Abweichungen von mehr als 10 % gegenüber den Planzahlen sind dem Aufsichtsrat zu erläutern.

Dr.Böhm

c) *Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?*

Die Gesellschaft verfügt über eine Kostenstellenrechnung. Diese ist den Erfordernissen der Gesellschaft angemessen. Alle Geschäftsvorfälle werden kostenstellenbezogen gebucht.

d) *Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?*

Die Liquiditätsüberwachung erfolgt durch die kaufmännische Betriebsführung und unmittelbar durch die Geschäftsführerin. Liquiditätsengpässe sind im Jahr 2024 nicht aufgetreten.

e) *Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?*

Ein spezielles zentrales Cash-Management als Teilbereich des Finanzmanagements ist aufgrund der Unternehmensgröße und des überschaubaren Umfangs der Geschäftstätigkeit nicht eingerichtet. Die kurzfristige Finanzdisposition in Form der Liquiditätsplanung, Disposition liquider Mittel und der Gestaltung von Zahlungsströmen erfolgt durch die Geschäftsführerin.

f) *Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?*

Die Leistungen werden vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt. Abschlagszahlungen werden entsprechend den Vereinbarungen mit den Auftraggebern eingefordert.

Die Überwachung der Zahlungseingänge und das hieran angrenzende Mahnwesen sind Bestandteil der externen kaufmännischen Betriebsführung. Das Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden. Zahlungsausfälle sind grundsätzlich nicht zu verzeichnen.

g) *Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?*

Ein spezielles Sachgebiet „Controlling“ existiert nicht. Controllingaufgaben werden seit dem Geschäftsjahr 2022 nunmehr intern insbesondere durch die Geschäftsführung durch Auswertungen und Analyse der Ergebnisse der Kostenrechnung wahrgenommen. Dies entspricht den Anforderungen der Gesellschaft.

Dr. Böhm

h) *Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?*

Die Gesellschaft hat weder Tochterunternehmen noch wesentliche Beteiligungen.

Fragekreis 4:

Risikofrüherkennungssystem

a) *Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?*

Die Gesellschaft ist nicht den Unternehmen gemäß § 317 Abs. 4 HGB zuzuordnen, d.h. eine unmittelbare gesetzliche Verpflichtung zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems besteht nicht.

Die Überwachung von Geschäftsrisiken wird aufgrund der Unternehmensgröße direkt durch die Geschäftsführung bzw. den Aufsichtsrat, insbesondere aufgrund der jährlichen Wirtschaftsplanungen, vorgenommen.

Eine explizite Definition von Frühwarnsignalen ist bisher jedoch nicht erfolgt. Auch ein Maßnahmenkatalog wurde noch nicht entwickelt. Infolge der überschaubaren Risikosituation erscheint dies auch nicht notwendig.

b) *Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?*

Unsere Prüfung ergab keine Hinweise, dass die Gesellschaft bestehende Risiken nicht erkennt. Die organisatorischen Maßnahmen sind zweckgemäß und ausreichend zur frühzeitigen Erkennung von Risikosituationen.

c) *Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?*

Die gesonderte Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems besteht nicht. Die betriebswirtschaftlichen Zwischenauswertungen und die Aufsichtsratssitzungen werden entsprechend protokolliert.

Dr.Böhm

d) *Werden diese Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?*

Die Maßnahmen werden monatlich durch Auswertungen abgestimmt und angepasst.

Fragenkreis 5:

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) *Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten festgelegt?*

b) *Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?*

c) *Hat die Geschäfts-/Konzerngeschäftsführung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf*

- Erfassung der Geschäfte,
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse,
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung,
- Kontrolle der Geschäfte?

d) *Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?*

e) *Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?*

f) *Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?*

Die Gesellschaft setzt auskunftsgemäß keine Finanzinstrumente ein. Zeitweise freie liquide Mittel werden kurzfristig angelegt. Die Beantwortung des Fragenkomplexes entfällt daher.

Fragekreis 6:

Interne Revision

Dr. Böhm

a) *Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?*

b) *Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?*

c) *Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentliche miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisungen und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?*

d) *Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?*

e) *Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?*

f) *Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?*

Eine Innenrevision als eigenständige Stelle besteht aufgrund der Unternehmensgröße nicht und ist auch derzeit nicht vorgesehen. Sämtliche Kontrollaufgaben werden durch die Organe der Gesellschaft wahrgenommen. Die Beantwortung des Fragenkomplexes entfällt daher.

Fragekreis 7:

Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?*

Die zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäfte und Maßnahmen sind in § 7 (Gesellschafterversammlung) und in § 9 Abs. 4 (Aufsichtsrat) des Gesellschaftsvertrages geregelt. Daneben regelt der Geschäftsführeranstellungsvertrag die Zustimmungspflichten. Verstöße gegen diese Regelungen sind von uns nicht festgestellt worden.

Dr. Böhm

b) *Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?*

Eine Kreditgewährung an die Geschäftsführerin oder an Mitglieder des Aufsichtsrates fand nicht statt.

c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?*

Wir haben keine Zerlegung oder Umdeutung von zustimmungspflichtigen Geschäften festgestellt.

d) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?*

Wir haben keine Geschäfte festgestellt, die gegen Gesetz, den Gesellschaftsvertrag, die Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung oder Beschlüsse des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung verstoßen haben.

Fragenkreis 8:

Durchführung von Investitionen

a) *Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/ Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?*

Grundsätzlich wurden Investitionen angemessen geplant. Die Planung von Investitionsvorhaben wird im jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan festgehalten. Im Geschäftsjahr 2024 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 9,2 TEuro vorgenommen.

b) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?*

Durch das grundsätzliche Einholen von Vergleichsangeboten ist die Preisermittlung und Angemessenheit des Preises transparent.

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren.

Dr.Böhm

c) *Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?*

Investitionen werden laufend überwacht. Abweichungen werden ggf. untersucht.

d) *Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?*

Im Geschäftsjahr 2024 kam es zu keinen wesentlichen Überschreitungen von Investitionen.

e) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?*

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben. Leasingverpflichtungen bestehen in betriebsüblichem Umfang.

Fragenkreis 9:

Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Vergaberegelungen kamen im Jahr 2024 nicht zum Tragen.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Die Auftragsvergabe gegenüber Dritten erfolgt grundsätzlich nach zuvor eingeholten Vergleichsangeboten. Hierzu werden auch Kataloge, das Internet oder Zweitanbieter herangezogen.

Fragenkreis 10:

Berichterstattung an das Überwachungsorgan

Dr.Böhm

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die Berichterstattung der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat erfolgt im Rahmen von Aufsichtsratssitzungen.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Aus den Protokollen der Aufsichtsratssitzungen ist zu entnehmen, dass die Berichte der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat einen zutreffenden Eindruck von der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft vermitteln.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsmäßig abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

Die Gesellschafterin und der Aufsichtsrat werden entsprechend den Regelungen des Gesellschaftsvertrages über alle wesentlichen Vorgänge angemessen und zeitnah informiert.

d) *Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?*

Im Berichtsjahr äußerte der Aufsichtsrat keinen solchen besonderen Wunsch.

e) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?*

Es wurde nicht festgestellt, dass Beschlüsse des Aufsichtsrates durch unzureichende Berichterstattung der Geschäftsführung beeinträchtigt waren.

Dr.Böhm

f) *Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?*

Im Berichtsjahr bestand eine D&O-Versicherung. Entsprechende Erörterungen wurden mit der Geschäftsführerin vorgenommen.

g) *Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?*

Über derartige Konflikte haben wir keine Kenntnisse erlangt.

Fragenkreis 11:

Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) *Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?*

Das ausgewiesene Vermögen ist vollumfänglich betriebsnotwendig.

b) *Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?*

Ungewöhnlich hohe oder niedrige Bestände sind nicht vorhanden.

c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?*

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Geschäftsjahr nicht ergeben.

Fragenkreis 12:

Finanzierung

a) *Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?*

Dr. Böhm

	31.12.2023		31.12.2024		Veränderung	
	in TEuro	in %	in TEuro	in %	in TEuro	in %
Eigenkapital	214,3	58,7	225,2	66,4	10,9	5,1
Fremdkapital	150,5	41,2	114,2	33,6	-36,3	-24,1
Gesamtkapital	364,8	100,0	339,4	100,0	-25,4	-7,0

Das Anlagevermögen von 49,5 TEuro ist vollständig durch Eigenkapital finanziert. Das Fremdkapital von 114,2 TEuro ist durch entsprechende liquide Mittel gedeckt.

Zum Abschlussstichtag bestehen keine wesentlichen Investitionsverpflichtungen.

b) *Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?*

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen bzw. ist in keinen Konzern eingebunden.

c) *In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?*

Die Gesellschaft hat auskunftsgemäß im Geschäftsjahr 2024 keine Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13:

Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) *Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?*

Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 66,4 % und ist hinreichend dotiert. Es bestehen insofern derzeit keine Finanzierungsprobleme.

b) *Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?*

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss erwirtschaftet, der zusammen mit dem Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Diese Vorgehensweise ist mit der Lage der Gesellschaft vereinbar.

Dr.Böhm

Fragenkreis 14:

Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) *Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten zusammen?*

Die Gesellschaft stellt im Rechnungswesen nur ein Segment dar. Es wird jedoch eine Kostenstellenrechnung geführt.

b) *Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?*

Nein.

c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?*

Leistungsbeziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafterin bestanden im Berichtsjahr unverändert aufgrund der beiden Dienstleistungsverträge und dem Betriebsführungsvertrag. Die Vergütungen erfolgen unverändert zu angemessenen Konditionen.

d) *Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?*

Die Beantwortung der Frage entfällt, da die Gesellschaft kein Versorgungsunternehmen im Sinne der Konzessionsabgabenordnung ist.

Fragekreis 15:

Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) *Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?*

Dr. Böhm

Im Unternehmen werden auch verlustbringende Geschäfte ausgeübt. Dies betrifft bspw. die Bewirtschaftung einer Kegelbahn. Aufgrund der mit der Stadt Bad Schandau abgeschlossenen Dienstleistungsverträge in den Bereichen Tourismus und Marketing sowie kultureller Veranstaltungen ist der Ausgleich eventuell verlustbringender Geschäfte durch Zuschüsse der Gesellschafterin nicht erforderlich.

b) *Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?*

Die Geschäftsführerin ist bemüht, durch Kosteneinsparungen etwaige Verluste zu minimieren. Durch die unter a) genannten Dienstleistungsverträge besteht keine Notwendigkeit zu weiteren Maßnahmen.

Fragenkreis 16:

Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss in Höhe von 10,8 TEuro erwirtschaftet.

Gemäß einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung aus dem Jahr 2020 werden folgende wesentliche kurzfristige Maßnahmen vorgeschlagen:

- Entlastung der Geschäftsführung im kaufmännischen Bereich, für einen stärkeren Fokus auf inhaltliche Tätigkeiten
- Zusammenführung Lohn-und Gehaltsabrechnung und externes Rechnungswesen bei einem externen Dienstleister mit Erfahrungen bei kommunalen Tourismusgesellschaften
- Neustrukturierung der Verwaltungsaufgaben unter Aufgabenabgrenzung zwischen dem externen Dienstleister und der Geschäftsführungsfunktion
- BSKT als Partner des Tourismusverbandes Sächsische Schweiz e. V.
- Neuordnung der Gebäudebewirtschaftung zwischen Stadt, WGP und BSKT sowie klare Abgrenzung der Kosten
- Automatisierung des Personenaufzugs zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit
- Überprüfung der Zuordnung der Vermögensgegenstände zwischen Stadt und BSKT
- Outsourcing / Schließung von bestimmten Geschäftsbereichen

Dr. Böhm

Vor dem Hintergrund der ursprünglich in 2025 vorgesehenen und nunmehr verschobenen strategischen Neuausrichtung der Gesellschaft wurden diese Empfehlungen in den vergangenen Geschäftsjahren nur teilweise umgesetzt. Aufgrund des Nichtzustandekommens des Projektes erfolgt derzeitig eine Anpassung der Maßnahmen hinsichtlich ihrer sachlichen und zeitlichen Umsetzung.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Durch den Betriebsführungsvertrag und die Dienstleistungsverträge mit der Stadt Bad Schandau werden auf der Grundlage des Wirtschaftsplans bzw. der Vorjahreszahlen die Höhe der jeweiligen Entgelte für das Jahr neu festgesetzt. Hierzu verweisen wir auch auf die Ausführungen der Geschäftsführung im Lagebericht.

D. PRÜFUNGSFESTSTELLUNGEN

Unsere Feststellungen fassen wir wie folgt zusammen:

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, dem Gesellschaftsvertrag und den Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung geführt worden sind. Über die in dem vorliegenden Bericht und in unserem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2024 getroffenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Dresden, 9. September 2025

Dr. Heide & Noack PartGmbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Winfried Heide
Wirtschaftsprüfer

Heike Noack
Wirtschaftsprüferin

DR. HEIDE & NOACK PARTGMBB · WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT · STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
DRESDEN

Dr.Böhm

Allgemeine Auftragsbedingungen

für
Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

Dr. Bohm

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten. ©
IDW Verlag GmbH · 50341/1

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

D-Exemplar

Sächsische Schweiz
BAD SCHANDAU

Bad Schandau · Krippen · Ostrau · Porschdorf · Postelwitz · Prossen · Schmilka · Waltersdorf

Vorlage	Vorlagennummer	Status	
	2025/BSch/0056	öffentlich	
Zuständigkeit	Bearbeiter		
Kämmerei	Richter, Gudrun		

Beratungsgremium	Termin	TOP-Status
Stadtrat Bad Schandau	12.11.2025	öffentlich beschließend

Beratungsfolge	Termin	Status	Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Tech. Ausschuss						
Haupt-/Soz.-Aussch.						
Stadtrat						

Betreff:
Beschluss zur Entlastung der Geschäftsführerin der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH für das Wirtschaftsjahr 2024

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bad Schandau beschließt auf der Grundlage des Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2024 der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH der Geschäftsführerin, Frau Gundula Strohbach, für das Wirtschaftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

Dr. Böhm

Beschlussbegründung:

Der Jahresabschluss 2024 wurde von Dr. Heide & Noack PartGmbB Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft geprüft. Mit Datum vom 09.09.2025 wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss zum 31.12.2024 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH erteilt.
Der Aufsichtsrat der BSKT hat in seiner Sitzung am 29.10.2025 die Annahme des vorliegenden Jahresabschlusses empfohlen.

Sächsische Schweiz
BAD SCHANDAU

Bad Schandau · Krippen · Ostrau · Porschdorf · Postelwitz · Prossen · Schmilka · Waltersdorf

Vorlage	Vorlagennummer	Status	
	2025/BSch/0057	öffentlich	
Zuständigkeit	Bearbeiter		
Kämmerei	Richter, Gudrun		

Beratungsgremium	Termin	TOP-Status
Stadtrat Bad Schandau	12.11.2025	öffentlich beschließend

Beratungsfolge	Termin	Status	Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Tech. Ausschuss						
Haupt-/Soz.-Aussch.						
Stadtrat						

Betreff:
Beschluss zur Entlastung des Aufsichtsrates der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH für das Wirtschaftsjahr 2024

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bad Schandau beschließt auf der Grundlage des Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2024 der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH dem Aufsichtsrat der Gesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

Dr. Böhm

Beschlussbegründung:

Der Jahresabschluss 2024 wurde von Dr. Heide & Noack PartGmbB Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft geprüft. Mit Datum vom 09.09.2025 wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss zum 31.12.2024 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH erteilt.